

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190.

Donnerstag, den 15. August 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Arbeiter und Arbeiter.

Leipzig ist historischer Boden für die moderne Arbeiterbewegung. Von Leipzig aus erging die erste Anregung an den Verfasser des Offenen Antwortschreibens und in Leipzig war es, wo Ferdinand Lassalle am Lauffstein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stand. Das alles ist noch heute blutfrische Wirklichkeit und wird sich um so lebendiger dem Sinn der Arbeitermassen einprägen, wenn im nächsten Jahre die Sozialdemokratie ihr fünfzigstes Geburtsfest begehen kann.

Wie ein spukhaftes Schattenspiel an der Wand nimmt sich daneben aus, was am Sonnabend und Sonntag sogenannte liberale Arbeiter in Leipzig vollführt haben. Bekanntlich war eine Konferenz liberaler Arbeiter zusammenberufen worden, zu dem Zweck, eine politische Arbeiterorganisation auf dem Boden der Fortschrittspartei zu gründen. Das geschah denn auch. Hundert Delegierte nahmen eine Rede des bekannten Arbeitersekretärs Erkelenz entgegen, die voll Harmonie war wie Orgelklang und Kirchengesang und in der kein Hauch zu verspüren war von den großen Interessenkämpfen unserer Zeit, nickten verständnisvoll, als sie hörten, die reaktionären Mächte saßen nur durch die Angst des Bürgertums vor dem Irrradikalismus der Sozialdemokratie im Sattel, schüttelten betrübt den Kopf, als sie von der winzigen Zahl liberal organisierter Arbeiter Kunde erhielten und gaben schließlich der neuen Organisation in Bausch und Bogen ihren Segen. Mit einer Ausnahme allerdings: die Bayern wollten von einem Verein ausschließlich auf fortschrittlicher Grundlage nichts wissen und beteiligten sich, sagt der Bericht der „Frankfurter Zeitung“, „nach Annahme der Resolution nur mehr passiv als Gäste.“ sich wahrscheinlich nach gut bayerischer Art zuproffend und zutrunkend. Die Bayern hatten deshalb ein Haar in der Suppe gefunden, weil in ihrem blau-weißen Vaterland Fortschrittler und Nationalliberale zu einem schneidenden Klumpen geballt und die bayerischen Arbeitervereine dieser Couleur nur ein Inhängsel dieses Klumpens sind. Gegen die Nationalliberalen aber hatte Herr Erkelenz nicht mit Unrecht scharfe Stellung genommen. Für die Bayern wurde nun ein besonderer Paragraph geschaffen, der sie der neuen Organisation gewissermaßen zur linken Hand antraut, doch damit ist von vornherein der Keim der Zerspaltung ausgestreut.

Aber Bayern hin, Bayern her, auch so wird man dem „Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten“ nicht mehr Lebensdauer und Lebenskraft prophezeien dürfen, als einem rhachitischen und bleichsüchtigen Kinde, das zum Überflus einen Wasserkopf hat. Die „Frankfurter Zeitung“ weiß zwar in ehrfurchtsvollem Staunen zu berichten, daß in den Reden „viel Energie und Machtbewußtsein der liberalen Arbeitervertreter“ in die Erscheinung trat, aber ein fortschrittliches Blättchen hat gemeinlich von Energie und Machtbewußtsein so viel Ahnung wie der Hund von der Logarithmentafel. In Wirklichkeit glaubt man, wenn man die Gefinnung dieser liberalen Arbeiterführer offen vor sich sieht wie ein Buch, die Weltgeschichte schlage ihr: Wurzelbäume nach rückwärts. Denn was Lassalle unternahm, als er vor fünfzig Jahren seine Fahne hoch reckte, war ja gerade der erste große Versuch, die Arbeiter aus der Gefolgschaft der Fortschrittspartei loszulösen und sie auf den Weg einer eigenen Klassenpolitik zu weisen. Und nun, nachdem die Entwicklung längst allen demokratischen Spiritus aus der Fortschrittspartei herausdestilliert und nur das reaktionäre Phlegma übrig gelassen hat, nachdem sich diese Partei behemmt und besudelt hat mit der Beteiligung an Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterschaft, nachdem sie die Gründung selbst der Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereine mit Argwohn und Mißtrauen verfolgt hat, nachdem die drückende Not ihr das Bekenntnis zu sozialpolitischen Programmpunkten geradezu abpressen mußte, drängen Arbeiter freiwillig in den Pferch dieser Partei hinein. Das ist Sache eines eigentümlichen politischen Geschmacks. Möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Leiter des „Reichsvereins“ verunglückt werden der Fortschrittspartei in Arbeiterfragen den Rücken zu steifen, aber trotz alledem ist die Gefolgschaft der Fischbeck, Kopsch und Wiemer eine Kapitalistenpartei durch und durch, wird gespeist aus kapitalistischen Fleischtopfen und dient kapitalistischen Interessen. Bleibt sie ihrem innersten Wesen treu, so kann sie den Arbeitern im besten Fall ein paar Brojamen hinstreuen. Nimmt sie aber Arbeiterinteressen ernstlich in die Hand, springen die Kapitalisten ab und dann Abschied Fortschrittspartei! Um diesen Zwiepsalt kommt auch das kändlichste Vertrauen, wie es sich in den Reden der Leipziger Konferenz ausspricht, nicht herum und an dieser Klippe wird die liberale Arbeiterorganisation Schiffbruch erleiden, wobei es

noch ganz dahingestellt sein mag, ob der Fortschrittspartei diese Vereinigung besonders erwünscht ist: sie will der Partei ein Stachel zu energischer Arbeit sein und wird von ihr als Stachel im Fleische empfunden werden.

Doch so leid es uns um jeden Mann tun muß, der noch abseits von unseren Bataillonen steht, tragisch brauchen wir trotzdem diese Sonderbündler nicht zu nehmen, einmal, weil ihnen die Entwicklung schließlich auch das rechte Klassenbewußtsein beibringen wird und zum zweiten, weil unsere Bataillone marschieren! Ein kurzer Blick auf die gewerkschaftlichen Organisationen hüben und drüben zeigt, wem die hellen Sterne leuchten. Die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften zählten 1911 insgesamt 107 743 Mitglieder, der Metallarbeiterverband ist allein fünffach so stark mit 494 177 Mitgliedern, und die Gesamtmitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind, beläuft sich auf 2 421 465, auf bald zweieinhalb Millionen! Seit 1900 hat sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften um 17,5 vom Hundert vermehrt, die der freien Gewerkschaften um 243,9 v. H.! Von je 100 überhaupt gewerkschaftlich organisierten Arbeitern entfielen

	auf die Hirsch-Dunckerischen	auf die freien Gewerkschaften
1900	9,8	73,0
1911	3,8	80,2

So geht es unaufhaltsam rückwärts mit den fortschrittlichen Gewerkschaftlern und ebenso unaufhaltsam ist der Aufstieg der modernen Arbeiterbewegung. Ein Zentralverbändler unter Hirsch-Dunckerischen mag sich heute schon vorkommen wie Gulliver unter den Zwergen, so verschieden sind bereits die Maßstäbe.

Unsere Bataillone marschieren! Bündig weist es auch der Bericht des Parteivorstandes an den Chemnitzer Kongress aus. Die Parteipresse zählt 1 478 042 Abonnenten, 171 477 mehr als im vergangenen Jahre. Die Gesamteinnahmen betragen 1 697 680 Mk. gegen 1 357 761 Mk. im letzten Jahre. Herr Erkelenz in Leipzig jammerte, daß die Zahl der liberal organisierten Arbeiter kaum 20 000 betrage, und dabei muß man sie noch Krümchen für Krümchen allen Ecken zusammenkrägen. Organisierte Sozialdemokraten aber gab es 1910 836 562 und heuer 970 112! Über ein kurzes und die erste Million ist voll.

Auf dieser Million ruht Deutschlands Hoffnung und Zukunft!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein evangelisches Pronunciamento gegen die gelben Werkvereine.

Die gelbe Sippschaft hat wieder einmal eine ganz nette Kennzeichnung erfahren, deren Wert auch dadurch nicht geschmälert wird, daß der Anlaß im Konkurrenzweid der evangelischen Arbeitervereine zu suchen ist. In Bethel-Bielefeld werden für die Beamten der evangelischen Arbeitervereine Ausbildungskurse abgehalten. Im Anschluß an einen solchen Kursus fand eine Konferenz der Teilnehmer statt, die nachfolgende Resolution faßte:

„Die in Bethel bei Bielefeld tagende Konferenz von 48 evangelischen Arbeitervereins- und Gewerkschaftssekretären aus allen Teilen Deutschlands bedauert aufs tiefste die durch die Gründung von sogenannten „gelben“ Werkvereinen vaterländischen oder reichstreuen Arbeitervereinen in die nationalgefärbte Arbeiterschaft getragene Vermirung und Zerspaltung und die Förderung solcher Gründungen seitens regierender und politischer Kreise. Ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, nationalen Unzuverlässigkeit und religiösen Feindseligkeit wegen die „gelbe“ Bewegung nicht imstande, einen festen Wall gegen die klassenkämpferische, vaterlands- und christentumsfeindliche Sozialdemokratie zu bilden. Geschädigt werden durch sie allein die christlich-nationalen Organisationen, deren geschichtliche Entwicklung beweist, daß sie unter entschiedener Wahrung der Arbeiterinteressen alles Verständnis haben für die jeweilige wirtschaftliche Lage und die gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus den christlich denkenden Arbeitern den notwendigen Schutz gewähren, ihres Glaubens leben zu können. Die auch eine geistige Bewegung darstellende Sozialdemokratie kann dauernd nur durch Entgegensetzung einer anderen, von der Arbeiterschaft selbst getragenen wirtschaftlichen und geistigen Bewegung überwunden werden, nicht aber durch die von Unwürdigen Zwanges ins Leben gerufenen „gelben“ Organisationen. Die Konferenz richtet an die denkende evangelische Arbeiterschaft die dringende Mahnung, den au Charakterlosigkeit, Heu-

chelei und religiöser Feindschaft führenden „gelben“ Vereinigungen nicht beizutreten, sondern sich in immer größeren Scharen den konfessionell und politisch unabhängigen christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen als den besten Organisationsformen zur Vertretung der wirtschaftlichen, nationalen und religiös-sittlichen Interessen anzuschließen. Die Freunde einer gesunden deutschen Arbeiterbewegung sowie die politischen Parteien und Persönlichkeiten, die bei Wahlen auf die Stimmen der christlich-nationalen Arbeiter rechnen, ersucht die Konferenz, sich nicht durch hochtrabende, leere Worte für die „gelben“ Vereine einnehmen zu lassen, sondern die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Ansehung ihrer segensreichen Wirksamkeit nachdrücklich zu fördern. Schließlich spricht die Konferenz den lebhaften Wunsch aus, daß die maßgebenden Instanzen in den evangelischen Arbeitervereinen ihre Stellung zu den „gelben“ Bestrebungen klar und unzweideutig öffentlich zum Ausdruck bringen und die Vereinsmitglieder über die damit verbundenen schweren Gefahren aufklären.“

Es ist, wie schon erwähnt, nicht politische Einsicht, die den „Evangelischen“ die Feder geführt hat, sondern der Argzorn darüber, daß die Gelben auch ihre Fangarme nach den Arbeitern ausstrecken, die in Bekennung ihrer Klassenlage oder aus verächtlicher Streberei den großen Klassenorganisationen der Arbeiter fernbleiben. So treffend nun trotzdem die Charakterisierung der Gelben ist, so wenig wird der Appell nützen, wenn Arbeiter einmal dahin gekommen sind, sich um der Gunft der Unternehmer willen von den freien Gewerkschaften fernzuhalten, dann machen sie nicht bei den häufig auch schon recht scheel angesehenen „Christlichen“ Halt, dann gehen sie lieber gleich zur Unternehmer-Schutztruppe über. Die Zerspaltung der Arbeiterorganisation rächt sich so an ihren eigenen Schicksalen.

Die Modernisierung der konservativen Partei.

Die Modernisierung der konservativen Partei wird neuerdings wieder mit mehr Nachdruck in konservativen Kreisen gefordert. Die „Konservative Monatschrift“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer mit dem Verhältnis der konservativen Partei zu den Städten und bedauert, daß die Konservativen es nicht verstanden haben, bei der städtischen Bevölkerung besseren Eingang zu finden. Der „Reichsbote“ nimmt diese Klage auf. Er sagt, die Konservativen tragen selbst die Schuld daran, wenn in den Großstädten der konservative Name wenig Klang habe. Es würde besser um den Konservatismus in den Städten stehen, wenn die Partei in ihrer Gesamtheit den Verhältnissen der Städte mehr Rechnung tragen würde. Von einer Städtefeindschaft könne zwar bei den Konservativen nicht die Rede sein, aber die städtischen Elemente kämen auch nicht gebührend zur Geltung. Das Livoll-Programm von 1892 müsse revidiert, modernisiert werden. Heute im Zeichen des gleichen Wahlrechts müsse eine Partei hinaus ins Volk. — Diesen nicht neuen Klagen gegenüber macht die „Deutsche Tageszeitung“ geltend, daß die Konservativen bei einem Vormarsch in die Städte sehr leicht den „Wurzelboden auf dem Lande“ verlieren können. Das Agrarierblatt will natürlich die konservative Partei als agrarische Schutztruppe nicht verlieren.

Milde gegen Steuerdefraudanten.

Der Landrat a. D. von Dewitz, freikonservativer preussischer Landtagsabgeordneter, ist unablässig bemüht, einen Ausgleich zwischen Freunden und Gegnern der Erbschaftsteuer zu schaffen. Er will sein Ziel mit Erbschafts-Zuwachssteuer erreichen. Daneben verfolgt er das anerkanntenswerte Ziel, allen Besitzenden die gewohnheitsmäßige Steuerdefraudation zu verleiden. In der letzten Nummer der „Post“ fordert er wieder scharfe gesetzgeberische Maßregeln zur Erzwingung einer vollständigen und richtigen Steuerdeklaration:

„Über freilich mit so harmlosen Strafbestimmungen, wie sie Preußen einzuführen beabsichtigt, ist eine sichere Vermögensfeststellung nicht zu bewirken. Nach dem Entwurf zur Abänderung des Ergänzungsteuergesetzes konnte derjenige, der „in der Absicht der Steuerhinterziehung unrichtige Angaben macht“, mit dem 4-10fachen Betrage der Jahressteuer bestraft werden, um den der Staat verkürzt werden sollte. Im Wiederholungsfalle war Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre zulässig. Die Steuerkommission hat diese Bestimmung dahin abgeändert, daß im Wiederholungsfalle eine 10-25fache Geldstrafe eintritt und daneben „in besonders schweren Fällen“ auf Gefängnisstrafe erkannt werden soll.“

Mit einem so zaghaften Strafmaß läßt sich das Uebel, das heute in aller Munde ist, nicht ausrotten. Man erwäge nur, daß das Ergänzungsteuergesetz eine Steuer von 0,62 Mk. pro Mille fordert. Wer also 100 000 Mk. Vermögen hinterzieht, hätte im Höchstfalle zunächst eine Strafe von 6200 Mk.

zu zahlen. Das kann unter Umständen eine genügende Sühne sein, aber nicht dann z. B., wenn jemand mit allen Mitteln der Verstellung und Unwahrheit gearbeitet hat. Schon im ersten Falle der Hinterziehung muß die Möglichkeit der Steuerbehörde gegeben sein, die Bestrafung an die ordentlichen Gerichte mit der Maßgabe abzugeben, daß diese ähnlich den Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Bestrafung des Betruges auf Gefängnisstrafe erkennen können. Ebenso sind die Bestimmungen über den Zeugniszwang nicht weitgehend genug.

v. Dewitz kennt die Schliche der Steuerdefraudanten, das zeigen seine Ausführungen, aber er predigt tauben Ohren. Die Lohnlisten der Arbeiter zwecks Feststellung des Einkommens einfordern, ja, damit war der preussische Landtag sofort einverstanden, aber Gefängnisstrafe für die reichen Steuerbetrüger — nein! Im Landtage hat der Besiß das Heft in den Händen. Und eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus.

Eine Hochschule für Völkerrecht

soll, wie der frühere holländische Ministerpräsident Dr. Ruijper dem „Verl. Tagebl.“ mitteilt, in Haag eröffnet werden. Ruijper schreibt:

„... Die Vorlesungen werden im Friedenspalast gehalten werden, und das Direktorium des Friedenspalastes wird das Kuratorium ernennen. Wahrscheinlich ist die Eröffnung dieser Stiftung zugleich mit der Eröffnung des Friedenspalastes zu erwarten.

Leider wird diese Akademie in der ersten Periode ihres Wirkens wenig anderes als Vorlesungen bieten können, die in den Universitätsferien durch ausgezeichnete Lehrer aller Länder gehalten werden. Im Niederländischen Rat für Internationalismus, dessen Präsident zu sein ich die Ehre habe, hatte man etwas mehr Ständiges gewünscht und dies dahin ausgesprochen, daß wenigstens drei ordentliche Professoren dauernd an dieser Stiftung wirken sollten, damit der Unterricht das ganze Jahr hindurch fortgesetzt werden könne, die unentbehrliche Einheitlichkeit des Unterrichts nicht ganz verloren gehe und nicht nur willkürlich gewählte Teile, sondern das gesamte Völkerrecht zur Behandlung kämen...

Sch hoffe denn auch, daß das Stiftingskomitee so bald wie möglich der Stiftung einen mehr ständigen Charakter geben wird und daß namentlich auch Doktorate im Völkerrecht von ihr ausgehen werden.“

Vorboten des Kaiserbesuchs in der Schweiz.

Kürzlich hat der Schweizer Bundesrat die Verhaftung des „Anarchisten“ Bertoni in Tessin verfügt; wie unterm 13. August aus Zürich gemeldet wird, hat nun der Bundesrat weiter beschlossen, Bertoni auf Grund der Novelle zum Bundesstrafrecht von 1905 den Züricher Gerichten zu überweisen. Die Anklage stützt sich auf Artikel 52, der lautet: „Wer öffentlich zur Begehung anarchistischer Verbrechen auffordert oder dazu anstiftet oder derartige Verbrechen öffentlich in der Absicht verherrlicht, andere zur Begehung solcher Handlungen anzureizen, wird mit Gefängnis bestraft.“

Nach diesem Vergehen wird dem hohen eidgenössischen Bundesrat ohne Bedenken beigemutet werden können, daß er würdig ist, Monarchen in der republikanischen Schweiz zu empfangen.

Die Zünftler gegen die Konsumvereine.

Nachdem sich die in Würzburg zum Handels- und Gewerbeverband versammelten Zünftler am Dienstag für die Beilegung des Koalitionsrechts der Arbeiter ausgesprochen hatten, versuchten sie sich am Mittwoch in der Konsumvereinstützung. Nach dem Referat eines gewissen Dr. Schollen aus dem kohl-schwarzen Münster (Westfalen) stimmten sie folgender Resolution zu:

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverband sieht sich auf Grund der von ihm angeführten Untersuchungen über die dem Handwerk durch die Konsumvereine zugefügten Schädigungen gezwungen, energigste Stellung zu nehmen gegen die Auswüchse des Konsumvereinswesens. Er hält an gesetzlichen Maßnahmen für erforderlich: 1. Die Gründung neuer Konsumvereine für Beamte von der Bedienstetfrage abhängig zu machen. 2. Verbot der Beilegung von Beamten an der Verwaltung von Konsumvereinen. 3. Die Gründung neuer Werkkonsumvereine, d. h. Konsumvereine für private Betriebe, wie in Frankreich, gesetzlich zu verbieten. 4. Gesetzliches Verbot an die Konsumvereine und Konsumvereine, sie h i p r o d u z i e r t e Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. 5. Verbot des Lieferantenverhältnisses. 6. Einführung einer progressiven Umsatzsteuer zur Ergänzung der im Sinne des Antrages Hammer abgeänderten Einkommensteuer. 7. Strenge Handhabung der Bestimmungen der Gewerbeordnung hinsichtlich der konsumgenossenschaftlichen Geschäftsbetriebe.“

Wie würde es in Deutschland anstehen, wenn diese altmodischen Herrschaften, die 150 Jahre zu spät auf die Welt gekommen sind, die Macht in Händen hätten?

Sachen in Deutschland voran?

In der Meinung, daß Sachen im Bundesrat den Antrag gestellt habe, im Reichstage eine Vorlage zum besseren Schutze der Arbeitswilligen einzubringen, erzählt der Dresdener Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, daß dies den Sachseu nicht entspricht. Er führt weiter aus:

„Jeder die sächsische Regierung noch eine andere Bundesregierung haben bisher einen derartigen Antrag gestellt. Zwar erklärte der Minister des Innern, Graf v. B i t t u m , während der letzten Tagung des sächsischen Landtages in der Zweiten Kammer, daß die bestehende Gesetzgebung wider den sozialdemokratischen Terrorismus vornehmlich gegen Arbeitswillige keinen genügenden Schutz gewähre und Sachen eine Erweiterung dieses Schutzes für notwendig halte, aber gleichzeitig betonte der Minister auch, daß die sächsische Regierung die Koalitionsfreiheit für Unternehmer und Arbeiter im gewerblichen Lokalkampf als unbedingt notwendig anerkenne. Es ist auch anzunehmen, daß die sächsische Regierung die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstages der Einbringung einer neuen Sachseuvorlage nicht für günstig hält.“

Daraus ergibt sich nur so viel, daß der Antrag auf Unterbreitung einer neuen Sachseuvorlage noch nicht gestellt ist, daß man vielmehr einen geeigneten Zeitpunkt abwarten will. An der Tatsache, daß die Koalitionsfreiheit gemeinlich werden soll, wird dadurch nichts geändert.

Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt.

Die Ersatzwahl für den verstorbenen elässischen Zentrumsabgeordneten Dr. Will, im Wahlkreise Schlettstadt, ist auf den 16. September festgesetzt worden. Überraschungen wird diese Wahl nicht bringen, denn der Kreis ist vorläufig noch sicherer Zentrumsbesitz.

„Sozialdemokratische Korruption“.

Die unter ihrer neuen politischen Redaktion zu einem obskuren hurratriotischen Kabaublättchen gewordene „Kreuzzeitung“, weiß entsetzliche Beispiele von sozialdemokratischer Korruption zu erzählen. Aus den Kassenberichten der Zentralvorstände der Gewerkschaften hat das Blatt die Summen herausgezogen, die von pflichtvergessenen Fiskalkassierern veruntreut worden sind. Die Beträge sind an sich nicht hoch und es ist schließlich auch nicht zu vermeiden, daß unter den Laufenden von Oriskassierern einmal einige vorhanden sind, die das in sie gesetzte Vertrauen täuschen. Die Verbände vertuschen dabei auch nichts, sie schenken ihren Mitgliedern in den Jahresberichten klaren Wein ein, sonst hätte ja auch die „Kreuzzeitung“ nichts erfahren und wäre damit um die Gelegenheit gekommen, sich fittlich ent-rüsten zu können. Im Hause des Gehängten soll man nicht vom Strick reden — daran hätte gerade die „Kreuzzeitung“ denken sollen, deren früherer Chefredakteur, Freiherr von Hammerstein, der verflozene Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, erhielt für seine Schwimdelien drei Jahre Zuchthaus. Er hat das ergaunerte Geld glatt verknüpft; die Arbeiter aber, die gefraucht sind, mögen meist durch eine gewisse Notlage sich dazu haben verleiten lassen, Gelder anzugreifen, die ihnen lediglich anvertraut waren. Wir wollen das nicht entschuldigen oder beschönigen, nur die ungeheuerliche Heuchelei des konservativen Blattes soll gezeigt werden. Und galt der ehemalige Zuchthäuser Lenzer alias Kolf, der als Geschäftsführer konservativer gerichteter Vereinigungen erst jüngst 20 000 Mk. unterschlagen hat, nicht auch als gut konservativer Mann? Was würde die „Kreuzzeitung“ dazu sagen, wenn man die lange Reihe konservativer Spitzhüben der konservativen Partei an die Rockschöße hängen wollte? Unerliche Elemente gibt es überall, der Unterschied ist nur der: in der Arbeiterbewegung wird gegen solche Elemente ohne Rücksicht vorgegangen, in den Kreisen der Parteien von Bildung und Besitz aber sucht man die Verfehlungen der eigenen Anhänger nach Möglichkeit zu vertuschen. Die Entrüstungskomödie der „Kreuzzeitung“ kennzeichnet sich dadurch als widerliche Heuchelei.

Jugendspiele statt allgemeiner Wehrpflicht!

Auf der Tagung der deutsch-amerikanischen Lehrer in Berlin hielt Professor Staanshoofd aus Concord im Staat New Hampshire einen höchst interessanten Vortrag über die körperliche Ausbildung der nordamerikanischen Jugend. Er schilderte, wach ungeheuren Umfang die turnerischen Spiele bei alt und jung in den Vereinigten Staaten angenommen haben und wach großen Erfolge sowohl die Selbstverwaltung schon der jungen Leute, als die Wettkämpfe, die sich in zivilisierten, nicht verrohten Formen abspielen und die Auslese der Geschickteren, Intelligenteren und freiwillig Disziplinierten, erzielt. Der Vortrag schloß mit dem Hinweis darauf, daß es dem Amerikaner durchaus in der Ordnung zu sein scheint, daß der oberste Beamte der Nation — der Präsident — die Spielfaison eröffne und mit seinen Ministern weite Reisen unternähme, um z. B. einem Wettkampf zwischen zwei Kadettenschulen zuzusehen. Dank der systematischen Ausbildung der Jugendspiele erblicken die Bürger der Union in ihnen die beste allgemeine Wehrpflicht. Die körperliche Überlegenheit der zumeist aus der Landwirtschaft kommenden Soldaten der Südstaaten im Sonderbundsrieg der 60er Jahre gab in Nordamerika, das bis dahin die körperliche Ausbildung der Jugend vernachlässigt hatte, den Anstoß zu ihrer intensiven Pflege.

Die Ausnutzung des natürlichen Spieltriebs der Jugend zu ihrer planmäßigen Kräftigung an Leib und Geist ist ein selbstverständliches Prinzip, das besonders vom Proletariat längst anerkannt ist.

Hungerpreise.

Auf dem Berliner Viehmarkt ging am Mittwoch der Höchstpreis für Schweine pro Zentner Schlachtgewicht auf 86 Mk. Trotz derartiger noch nie dagewesener hohen Preise genügte, wie die „Allgem. Fleischzeitg.“ mitteilt, die Zufuhr dem Bedarf nicht.

Am 12. August wurde als Höchstpreis 64 Mk. notiert. In den letzten Tagen ist der Preis für Schweine also um 35 Prozent gestiegen. Und die Regierung? Sie führt sich nicht bemüht, auch nur das mindeste zu tun, um einem ungeheuren Notstand vorzubeugen. Der Reichstag ist nicht verammelt und von anderer Seite haben die Mitglieder der Regierung nicht zu befürchten, daß sie aus ihrer Ruhe aufgeschreckt werden.

Die Streichhölzer werden teurer.

Die erbärmlichste Arbeit hat der verflozene schwarze Steuerblock, gemeinsam mit der Regierung, zweifellos damit geleistet, daß er die Steuer auf Streichhölzer beschlossen hat. Nicht nur, daß eine Menge Arbeiter dadurch brotlos wurden, trifft diese Steuer gerade die minderbemittelten Klassen am allerhöchsten. Der Verbrauch ist naturgemäß ganz enorm zurückgegangen, die Monopolstellung, die den Fabriken eingeräumt wurde, konnte ihnen nach dieser Richtung hin nichts helfen. Die Fabrikanten versuchen sich nun auf andere Weise schadlos zu halten, sie haben die Verkaufspreise erhöht. Zwar trifft auf 10 Schachteln nur ein Pfennig, aber es ist eine bekannte Erfahrung, daß im Kleinhandel die Bruchteile eines Pfennigs stets wohl aufgerundet werden, es ist also eine erhebliche Steigerung der Detailpreise zu erwarten.

Türkei.

Im Kabinett kriselt es wieder bedenklich. Der Minister des Innern, Zia Pascha, hat seine Entlassung gegeben. Sie wird seinem Drängen zu geschrieben, eine feste innere Politik zu verfolgen. Zia Pascha soll hierbei von Kamil und Rafim unterstützt worden sein, während die anderen Mitglieder des Kabinetts Anhänger einer flüchtiger entschlossenen Politik sind. Es wird befürchtet, daß die Demission Zia Paschas noch andere nach sich ziehen wird. Einige Mitglieder des Kabinetts befürworten die Ernennung des Führers der albanischen Spezialkommission Ibrahim Pascha zum Minister des Innern. In seinem Demissions schreiben hat Minister Zia Pascha die Rücksichten als Grund seines Rücktritts angegeben.

Der Minister errat nahm alle Bedingungen der Albaner an und gab dem Marschall Ibrahim Pascha die Weisung, dies den Albanern bekanntzugeben. Trotzdem ist die Ruhe unter den Albanern noch nicht wieder hergestellt. Die letzteren haben nämlich jetzt Askub befehligt. Sie beabsichtigen, nach dem Eintreffen der Verstärkungen dort das Gefängnis zu öffnen und die Gefangenen zu befreien. Ibrahim Pascha gab von Prischina aus den Befehl, die Albaner nicht anzugreifen. In Mitrovica wurde der Artilleriekapitän Sia Bey und in P e s e r e n d Oberleutnant Ismail erschossen. Djaser Bey, der frühere Mutesarrif von Spek, hat sich nach Serbien geflüchtet. In Kumanoovo hat der Kommandant der Gendarmerie Haki, ein Unionist, Banden gebildet und bewaffnet.

Marokko.

Muley Saïd hat jetzt seine heimatischen Gefilde verlassen und hat endgültig abgedankt. An seiner Stelle ist Muley Sussuf zum Sultan proklamiert worden. Ob die Bevölkerung diese Ernennung so ruhig hinnehmen wird, bleibt abzuwarten.

Amerika.

Gruceltaten der mexikanischen Rebellen. Über den gestern bereits kurz gemeldeten Überfall auf einen Personenzug in Mexiko im Staate Morales, etwa 16 Kilometer von der Hauptstadt Mexiko entfernt, werden grauenhafte Einzelheiten berichtet. Als die Zapatisten den Zug zum Entgleisen gebracht hatten, töteten sie sämtliche 35 Soldaten, die zum Schutz mitgeführt waren. Auch viele Passagiere wurden getötet, verwundet und mißhandelt. Alle wurden beraubt. Dann zündeten die Rebellen die Wagen an, ohne das Sammergeschrei der Verwundeten zu beachten, die hilflos unter den Trümmern lagen und verbrannten. Unter den Getöteten befindet sich auch der amerikanische Konsularagent Strauß, der Korrespondent der mexikanischen Zeitung Imparcial und zwei andere Zeitungskorrespondenten. Dem Konsularagenten, der um sein Leben bat, da er doch kein Kitzkämpfer sei, schlug man den Schädel ein. Der Kampf dauerte 40 Minuten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 15. August.

Ernte und Lebensmittelpreise. Auf das magere Jahr 1911 dürfte in diesem Jahre ein Ernteeck folgen, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat. Wohl war auch im vorigen Jahre eine gute erste Heuernte und eine gute Getreibernte zu verzeichnen, von dem 1911er Quatitätswein gar nicht zu reden, aber dann setzte die große Trockenperiode ein; unter der die Wiesen und Felder derart austrockneten, daß die zweite Heuernte nur einen ganz geringen Ertrag lieferte; die andern Futtermittel und die Gemüse aber vielfach vollständig ertraglos blieben und auch die Kartoffeln und Rüben nur eine kärgliche Ernte boten. Das wird dies Jahr anders sein. Die Heuernte ist glänzend ausgefallen und der Körnerertrag wird uns den Höhepunkt der deutschen Getreideproduktion bringen. Das kann auch der Laie leicht feststellen; man braucht nur ein Weizenkorn auseinanderzubrechen, und man wird finden, daß ein halbes Korn der diesjährigen Ernte fast noch die Größe eines ganzen aus schlechterm Ernteeck erreicht. Auch nach der Schätzung des preussischen statistischen Landesamts muß mit einer ungewöhnlich reichen Körnerernte gerechnet werden. Aber auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte dürften dies Jahr ausgezeichnete Ernteecknisse liefern. Die unmittelbar nach der Heuernte überall einfallenden Gewitterregen haben den Wiesen und den bereits unter Trockenheit leidenden Kartoffeln, Rüben- und Gemüsegeldern die nötige Feuchtigkeit gebracht, so daß, wenn nicht noch ganz ungewöhnliche Ereignisse eintreten, in allen landwirtschaftlichen Produktionszweigen mit Vollenkenten gerechnet werden kann.

Wer aber nun glaubte, daß unter diesen Verhältnissen die hochgetriebenen Preise etwas nachlassen würden, ist bis jetzt bitter enttäuscht worden, denn es hat eher ein Anziehen der Preise stattgefunden, vor allem bei den Fleischpreisen. Und diese steigende Tendenz der Fleischpreise wird gerade unter der Einwirkung des guten Ernteaussfalls anhalten, da dieser die Landwirte veranlassen wird, mehr Vieh als bisher einzustellen. Die Viehhaltung ist bei uns in den letzten Jahren mangels der nötigen Futtermittel zurückgegangen, zumal diese zuunehmen der Großgrundbesitzer durch Zölle noch künstlich verteuert wurden. Es ist also nötig, die verringerten Viehbestände wieder zu ergänzen und mit Rücksicht auf die steigende Bevölkerungsziffer zu vermehren, ebenso notwendig ist es aber, dafür zu sorgen, daß während dieser Übergangszeit aus dem Ausland das zur Volksernährung nötige Fleisch bei uns eingeführt werden kann. Dazu bietet sich Gelegenheit durch die Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Südamerika, eventuell auch Australien, und vor allem aus Deutsch-Südwestafrika, wo nach der Zuschrift eines Farmers und Viehhändlers zurzeit eine Überproduktion an Vieh vorhanden ist.

Aber auch die reiche Getreideernte sollte dem Bundesrat Anlaß zu Maßnahmen geben, die eine zu starke Ausfuhr unfres Ernteeckens möglichst hintanhaltend. Müßten die deutschen Konsumenten infolge der hohen Zölle die Schäden schlechter Ernte tragen, so soll ihnen jetzt auch der Vorteil einer guten Ernte zuteil werden. Da gilt es in erster Linie das System der Einfuhrschneine zu beilegen, das ganz wesentlich zur Getreide- und Brotverteuerung in Deutschland beiträgt, da es die Möglichkeit bietet, große Mengen Getreide ins Ausland zu werfen und dadurch unter dem Schutze der Zölle die Preise bei uns hoch zu halten, auch wenn Getreide in Überfluß vorhanden ist.

Gegen die enorme Fleischteuerung machen inzwischen einzelne Gemeinden wieder Front. Das Gemeindefollegium von Würzburg nahm einen Antrag an, wegen der hohen Fleischpreise den Magistrat zu ersuchen, sofort beim

Ministerium des Innern dahin vorzuschreiben zu werden, daß es beim Bundesrat auf Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachttvieh sowie auf Erleichterung der gesetzlichen Vorschriften für die Einfuhr geschlachteter Tiere hinzuwirken möge. — In einer in Nürnberg abgehaltenen, außerordentlich stark besuchten Versammlung aller Münchener Gastwirte vereinbarten wurde beschlossen, einleitende Schritte für eine Einfuhr von Gefrierfleisch und frischem Fleisch aus Dänemark zu unternehmen und die bayerische Regierung zu ersuchen, im Bundesrat für Einfuhr von billigem Schlachttvieh und Ermäßigung oder Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle sowie auf Wiltberung der Fleischschau-Vorschriften einzutreten.

Die Aufhebung der sogenannten Abonnentenversicherung wird gegenwärtig von den Verlegern einer ganzen Reihe Tageszeitungen vorgenommen, die damit bisher Abonnenten zu fangen gesucht hatten. Wir lesen die folgende Bekanntmachung:

„Abonnentenversicherung. Um einem Besuche des Vereins deutscher Zeitungsverleger und den wiederholten Anregungen im deutschen Reichstage zu folgen, haben die hiesigen Zeitungen beschlossen, die Abonnentenversicherung vom 1. Oktober 1912 an aufzuheben.“

Wer nun glaubt, daß die beiden Lübecker Zeitungsverleger, die den Abonnentenversicherungsunfug mitmachen, obige Bekanntmachung erlassen, der irrt sich schwer, es handelt sich um die Zeitungen in Freiburg i. B. Die Lübecker Verleger scheuen sich weder um Beschlässe des Vereins deutscher Zeitungsverleger noch um Anregungen im deutschen Reichstage, weil sie befürchten, daß ohne die sogenannte Versicherung ihre Abonnenten wie Butter vor der Sonne dahinschmelzen werden. Daß sie ihres Inhalts wegen nicht gehalten werden, wissen die Blätter ganz genau.

Zur Förderung des Besuches unseres Stadttheaters wird von einer ganzen Anzahl Abonnenten und Freunden des Stadttheaters jetzt ein Aufruf erlassen, der folgendermaßen lautet: Die Abrechnung über die letztjährige Spielzeit des Stadttheaters weist leider einen erheblichen Verlust auf, dessen Deckung aus öffentlichen Mitteln hat erbeten werden müssen. Dieses ungünstige Ergebnis ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Besuch des Theaters den berechtigten Erwartungen nicht entspricht. Hierin muß unbedingt ein Wandel eintreten. Nachdem der Staat große Opfer gebracht hat, um der dramatischen Kunst ein neues würdiges Heim zu errichten, nachdem die Leiter unserer Bühne mit unermüdlichem Eifer und feinem Kunstsinne es verstanden haben, dem schönen Rahmen einen reichen Inhalt zu verleihen, ist es Pflicht des Publikums, nun auch seinerseits durch regen Besuch sein Interesse für das Theater zu betätigen und es dadurch finanziell zu stützen. Die unentbehrliche Grundlage für das wirtschaftliche Gedeihen eines Theaters bildet ein gutes Abonnement. Andererseits ist erst dadurch bedingter regelmäßiger Besuch des Theaters geeignet, die menschlichen Werte zwischen dem Publikum und den Künstlern herzustellen und die fördernde Anteilnahme an den von ihnen dargebotenen Leistungen dauernd wach zu erhalten. Die unterzeichneten Abonnenten und Freunde des Stadttheaters richten daher an alle Kreise des Publikums die Aufforderung, sich an dem neu aufgelegten, die hervorgetretenen Wünsche der Besucher in jeder Richtung berücksichtigenden Abonnement für die nächste Spielzeit zu beteiligen, sich selbst zur Freude, dem Theater und unserer Stadt zum Nutzen! — Wir wollen nur hoffen, daß dieser Aufruf von gutem Erfolg begleitet ist. Es ist leider eine Tatsache, daß gerade in den besagten Kreisen vielfach das Interesse für unser Theater, das doch in erster Linie für sie errichtet wurde, nur sehr gering ist, und diesem Umstande ist in erster Linie das entstandene Defizit zuzuschreiben, welches nachher von der Allgemeinheit getragen werden soll.

Arbeiterverstoß. Am Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr verunglückte der Dreher K. Meyer bei der Firma Schärffe u. Co. dadurch, daß ihm beim Eintreiben einer Buge von dem Fallhammer zwei Finger der linken Hand abgeschlagen und ein anderer Finger schwer verletzt wurde. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo ihm auch der verletzte Finger amputiert werden mußte. — Auch dieser Unfall ist eine Folge des bei obiger Firma beliebten Hastens und Jagens. Letzteres fällt hier um so schwerer ins Gewicht, als die Firma eine große Anzahl Lehrlinge beschäftigt, die bei solcher Arbeitsmethode schweren Gefahren ausgesetzt sind. Hinzu kommt noch, daß die jungen Leute recht häufig überstunden machen müssen. Dadurch erhält ihr Körper nicht die nötige Ruhe und er verliert an Widerstandsfähigkeit. Wenn nun, wie in diesem Betriebe, die Lehrlinge nicht selten ihre Kräfte übersteigende Arbeit zu verrichten haben und weiter dem vorhin erwähnten Hasten und Treiben ausgesetzt sind, so liegt das gewiß nicht im Interesse der jungen Leute. Hoffentlich tragen diese Zeilen mit dazu bei, daß endlich einmal diese von kompetenter Seite schon mehrfach gerügten Übelstände beseitigt werden.

Doppel-Verdachtsfall Falkenwiefe. Die Temperatur betrug am 14. Aug., morgens 6 Uhr: Wasser 16½, Luft 10, morgens 10 Uhr: Wasser 17, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 17 Grad Celsius.

pb. **Verhaftet.** Festgenommen wurden zwei am Hochofenwerk beschäftigte, in der dortigen Kolonie wohnhafte Arbeiter, wegen unberechtigten Jagens auf der Rüdinger Feldmark.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** Am 11. ds. Mts. sind aus einem Hause an der Untertrave folgende Gegenstände mittels Einbruch gestohlen worden: eine alte, silberne Herren-Savonnette mit römischen Zahlen, das Glas über dem Zifferblatt fehlt, eine neue schwarze Brieftasche, mehrere braune und schwarze Portemonnaies, 1 schwarzer Bleistifthalter mit der Bezeichnung „Imperator“, mehrere Schachteln Zigaretten, Marke „Lubana“, „Gaute volée“ und „Finnische Zigaretten“; außerdem zirka 36 Mk. in Silber- und Nickelmünzen.

pb. **Ein Freund billiger Eier.** Ermittelt wurde ein Arbeitsbursche von hier, der von einem vor der Markthalle haltenden Händlerwagen sich einen Korb mit etwa 400 Eiern aneignete und diese sodann an einen hiesigen Viehhändler veräußerte.

Fürstentum Lübeck. Zweierlei Maß. Man schreibt uns: Im Fürstentum Lübeck besteht für die Volksschulen seit etwa 10 Jahren eine Ferienordnung, die für die Kinder des Volkes weniger Ferien vorsieht als für die Kinder der besitzenden Klassen. Das Gymnasium in Cutin hat z. B. Pfingsten eine halbe Woche und im Herbst eine ganze Woche mehr. Da die städtische Realschule in Cutin sich der Ferienordnung für das Gymnasium angeschlossen hat — für die Bürgerschulen, aus denen die Realschule in Cutin hervorgegangen ist, galt ebenfalls die höhere Ferienordnung — so fassen die Cutiner Stadtväter den sehr verständigen Beschluß, für die Volksschule ebenfalls die Ferien zu beantragen, welche die Regierung den Kindern der besitzenden Klassen ohne weiteres zugebilligt hatte. Dieser Antrag wurde

genehmigt. Und so erfreuen sich die Cutiner Volksschüler schon seit 10 Jahren längerer Ferien als die Volksschüler, die nicht die Ehre haben, in Cutin zur Schule zu gehen. — Daß bisher kein Schulvorstand in einer andern Gemeinde gegen die Zurücksetzung seiner Kinder gegenüber den Schülern der höheren Schulen im Fürstentum protestiert hat, liegt wohl allein darin begründet, daß es nicht allgemein bekannt ist, wie unsozial die Cutiner Regierung in bezug auf die Schulferten handelt. Selbst in Schleswig-Holstein hat man mit dem alten Poppe, den Kindern der Volksschulen weniger Erholung zu gönnen aufgeräumt. Wenn überhaupt die Bedürfnisfrage maßgebend sein sollte, so müßten die Schulferten für die Kinder des arbeitenden Volkes länger bemessen sein als für die Kinder der wohlhabenden Klassen. — Die sozialdemokratischen Mitglieder der Schulvorstände seien hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sie für einen Antrag auf Gleichlegung der Schulferten in der Ferienordnung der Stadt Cutin gutes Material zur Begründung finden.

Mülla. Achtung, Parteigenossen! Wie aus dem Inserat im heutigen „Volksboten“ ersichtlich, findet die Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 18. August, nachmittags 4 Uhr, statt. Da in dieser Versammlung der Bericht von der Generalversammlung gegeben, die Wahl der Delegierten zum deutschen Parteitag vorgenommen und neben andern wichtigen Angelegenheiten auch der Jahresbericht ausgedrückt wird, ist jeder Parteigenosse verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Agitiert für vollzähliges Erscheinen!

Hamburg. Die Betriebsunfälle im Hamburger Hafen. Der Hamburger Hafen ist ein einziges gemaltiges Arbeitshaus. Viele Tausende von Arbeitern schuften und schanzten dort mit einer Kräfteanstrengung und einer Unermüdlichkeit, die jedem Binnenländer, der einmal zwischen den Schleppern und Schuten und Riefendampfern, den Reihen der mächtigen Lagerhäuser und den Werften hindurchfährt, fast beängstigend vorkommt. Dort wird der Reichtum geschaffen für die 150 Multimillionäre der Elbemetropole, an deren Reichtum nicht nur der Schweiß, sondern auch das Blut der Arbeiter klebt. Wer die Arbeitsweise im Hamburger Hafen je gesehen, wird von vornherein mit einer großen Zahl von Betriebsunfällen rechnen. Doch er wird erschreckt sein, wenn er die genauen Zahlen darüber vernimmt. Die Hafeninspektion hat jetzt ihren Bericht über das Jahr 1911 veröffentlicht. Er zeigt, daß die Unfälle wiederum zugenommen haben. Ertritten 1910 „nur“ 2705 Arbeiter Verletzungen im Betrieb, so 1911 3144. Das ist eine Zunahme von 439 Fällen oder 16,23 Prozent. Dabei steigerte sich der Schiffsverkehr nur von 25 414 000 Tonnen auf 26 575 000 Tonnen, das heißt um 3,79 Prozent. Das zeigt davon, in welcher Weise die Intensität der Arbeit steigt. Es steigt damit leider auch der Prozentsatz der verunglückten Arbeiter, und die technische Entwicklung tut das ihre dazu. Beim Löschen der Schiffe arbeiten jetzt riesige Elevatoren für Getreide und dergleichen. Kohlenkreiser von mächtigen Dimensionen, die je an einem Motorhäuschen hängen, entleeren die Kohlendampfer in erstaunlich kurzer Zeit. Da werden die Arbeiter auf die Straße geworfen und die Arbeit wird nervös und gefährlicher. Aber freilich, die Hafeninspektion trägt auch ihr wohl gemessenes Maß an Schutz für die große Zahl der Unfälle. Es sind ganze 3829 Schiffe revidiert worden, davon nur 110 aus Anlaß von Unfällen. Dabei liegen beständig 300 bis 350 Seeschiffe im Hafen und täglich fahren etwa 60 ein. Ungerechnet sind dabei die Flußfahrzeuge, von denen im letzten Jahre allein etwa 46 000 den Hafen aufsuchten. Täglich sind etwa 12 bis 13 Revisionen vorgenommen worden. Wie notwendig sie aber sind, beweist die Tatsache, daß bei den 3800 Revisionen etwa 3000 Rügen wegen Betriebsmängeln erhoben werden mußten. Was würde sich alles finden, wenn im notwendigen Umfang und von Arbeitern revidiert würde! Aber die Ursachen der Unfälle meint der Bericht der Hafeninspektion: „Bei den Revisionen der Betriebsstätten wurde wiederholt die Beobachtung gemacht, daß in den Hafenbetrieben Leute beschäftigt werden, die mit der Arbeit an Bord von Schiffen, insbesondere mit dem Löschen und Laden, nicht vertraut waren, sowie auch die Gefahren, die mit solchen Arbeiten verbunden sind, nicht genügend kannten. Hieraus erklärt sich die Zunahme der Unfälle, die auf eigene Sorglosigkeit, Unaufmerksamkeit und Ungeschicklichkeit zurückzuführen sind.“ Die Arbeiter sind also selbst daran schuld. Aber daran denken die Herren nicht, daß der Hafenbetriebsverein der Unternehmer überall im Binnenlande Arbeiter anwirbt, die mit der Hafnarbeit nicht vertraut sind, um den geübten Arbeitern den Kampf zu erschweren. Und eine vernichtende Kritik der skandalösen Antreiberei ist es, wenn der Bericht weiter sagt: „In recht vielen Fällen mußten die aufsichtführenden Organe gerügt werden wegen ihrer Gleichgültigkeit und Rücksichtslosigkeit, die sie gegenüber der Sicherheit der Arbeiter unangünstigen Rechtsprechung richter, verzeichnet 2918 Unfälle leichter, 226 schwerer Natur. 48 Arbeiter wurden getötet. Bei alledem handelt es sich hier nur um den eigentlichen Hafens, nicht um den Werftbetrieb, der noch mehr und noch schwerere Opfer fordert. Eine Fülle von Glend und Schmerzen und Sorge!

Hamburg. Im Streit er mordet. In einem Gasthause am Gr. Neumarkt logierten sich am letzten Sonntagabend der Ewerführer Meier und der Schneider Pausch ein. Beide verließen am Sonntagabend das Lokal und Pausch kehrte am Sonntag allein zurück. Er erzählte später einem Gast, er habe mit M. im Hafen auf einer Schute genächtigt und sei mit ihm in Streit geraten, in dessen Verlaufe er den Ewerführer über Bord geworfen und beim Wiederauftauchen unter Wasser gehalten habe, bis er ertrunken sei. Pausch ist seitdem verschwunden. Die Leiche des Meier wurde gestern nachmittag in der Nähe des Latorters aufgefunden. — Zwei Todesstürze. Im Hause Richardstraße 1 stürzte die 21 Jahre alte Ehefrau des in der vierten Etage wohnenden Telegraphenarbeiters Kankeflich, als sie mit dem Abnehmen der getrockneten Wäsche beschäftigt war, vermutlich infolge eines Schwindel- oder Krampfanfalles vom Stuhl und fiel in den Richtigofen hinab. Die junge Frau erlitt so schwere Verletzungen, daß sie bald nach der Entlieferung im Krankenhaus starb. — Im Hause Nehmstraße 17 stürzte die 12jährige Marie Jöhnik, vermutlich beim Herabrutschen auf dem Treppengeländer, von der zweiten Etage in den Richtigofen. Das Kind erlitt einen Schädelbruch, dem es erlag. — Schwere Unfall im Zirkus Busch zu Hamburg. Als am Montagabend im Zirkus Busch eine Quadrille, geritten von sechs Herren und fünf Damen in Militärkostümen, beendet war und die Darsteller die Manege verlassen wollten, brach plötzlich eine Person in die Luft, die sonst zu Pantomimen benutzt wird, zu sammen. Sieben gerade über die Versenkung hinweg reitende Darsteller stürzten mit den Pferden in die Tiefe. Unter dem Publikum entstand eine furchtbare Panik, die erst nach längerem Zurufen der Direktoren und des sonstigen Personals beschwichtigt werden konnte. Es wurden sofort Rettungsmaßregeln ergriffen, wodurch es gelang, die Abgestürzten sowie die Pferde innerhalb einer halben Stunde

nach oben zu bringen. Zwei Herren und zwei Damen haben schwere Verletzungen erlitten, die Rettungskräfte Menzel, ein Ehepaar, sowie Frau Neumann und Herr Wulf. Das Publikum verlangte stürmisch, daß sich die Darsteller, soweit es möglich war, zeigten; man gab seinem Verlangen nach. Vermutlich ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß die Fläschenzüge, die die Versenkungsbrücke halten, nachgegeben haben.

Harburg. Auch ein Arbeitswilliger. Im Kreisblatt lesen wir: Der Schmelzer Georg Wohl, wegen Gewalttätigkeiten mit hohen Gefängnisstrafen vorbestraft, hatte im vorigen Jahre während des Formertreits Arbeitswilligendienst verrichtet. Als er am 13. Mai nach Beendigung der Aussperrung mit noch mehreren Arbeitswilligen unter polizeilicher Bedeckung nach dem Bahnhof gebracht wurde, ärgerte er sich über die Hänseleien verschiedener Arbeiter; er sprang plötzlich, in Wut geratend, aus dem Zug heraus und schlug mit einem mit Draht umwickelten Gummischlauch einen Arbeiter, der sich gar nicht an den Schimpfereien beteiligen wollte, auf den Kopf. Wohl flüchtete und konnte erst nach längerer Zeit festgenommen werden. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Und mit solchem Material suchen die Unternehmer ehrliche, tüchtige Arbeiter niederzuringen.

Friedrichstadt. Ein schwerer Ernteeunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in Hölve, wo eine Frau Groth aus Dörpling von der Leiter auf die Diele stürzte und so schwere Verletzungen erlitt, daß sie sofort verschied.

Kiel. Handelshafen bei Holtenau. Die Stadtverordneten beschlossen den Bau eines Handelshafens am Nord-Ostsee-Kanal in unmittelbarer Nähe der neuen Hochbrücke bei Holtenau. Die Herstellung einer Bahnverbindung zwischen dem Hauptbahnhof in Kiel und dem neuen Handelshafen ist bereits durch Vereinbarung mit der Eisenbahndirektion sicher gestellt. — Ein Opfer seines Berufes. Der Degen- und Luch-Händler, der in einem hiesigen Lokal auftrat, wurde schwer krank in der Dänischen Straße aufgefunden. Er war schon ohne Bestimmung, als er in die Wohnung eines in der Nähe wohnenden Arztes getragen wurde. Das Herz zeigte nur ganz schwache Tätigkeit. Er, der anscheinend infolge seines eigenartigen Berufes schwere innere Verletzungen hatte, wurde sofort nach den Heilanstalten gefahren. Ärztliche Kunst war aber nicht mehr imstande, den Artisten zu retten.

pb. **Kiel.** Für 10 000 Mark Wert Sachen gestohlen. Auf dem hiesigen Bahnhof ist ein Koffer mit goldenen Uhrketten, goldenen Ringen, Kolliers und Medaillons im Werte von 10 000 Mk. gestohlen worden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 14. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meterei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen —, Enten 3,00—4,00 Mk. Hühner 1,60—2,50 Mk., Ruten Stück 1,—, 1,50 Mk., Lauben Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. —, Mt., Fliedgans —, Mt., Schinken Pfd. 1,00—1,15 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pf., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Eier Stk. 8½—9 Pf., Serringe —, Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. —, Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie 1,20—1,40 Mk., Brachsen —, 60 Pf., Hechte Pfd. —, Pf., Barsche Pfd. 60 Pf., Aal Pfd. 0,00—1,00 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pfd. —, Mt., Gurken 100 Pfd. —, Mt., Zwiebeln, hiesige, Pfd. —, Mt., Äpfel verschiedene pr. 100 Pfd. —, Mt., Pfäumen, pr. 100 Pfd. 70—80 Pf., Kirschen Pfd. 50—60 Pf., Kartoffeln 10 Pfd. 50 bis 60 Pf., Mand Pfd. —, Pf., Steinbutt, lebende Pfd. 70—80 Pf., Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf., 3. Sorte 00—00 Pf.

Getreidepreise. Lübeck, 01. August.

Weizen, 128—134 Pfd. holl. —, —, —, Mt., Roggen 120—125 Pfd., holl. 185—190 Mt., Gerste, nach Qualität 200—208 Mt., Hafer, nach Qualität, 197—202 Mt. alter —, Mt., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 14. Aug.

Auftrieb 1758 Schweine. Markt langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere-reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 80,— bis 81,— (64,00 bis 65,00 Mt.), Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 80,— bis 81,— (64,— bis 65,00 Mt.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 80,— bis 81,— (62,50 bis 64,— Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 80,00 bis 81,50 (62,50 bis 63,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 80,— (56,00 bis 61,00) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 76,— bis 77,00 (61,— bis 61,50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72,00 bis 75,00 (56,00 bis 58,50) Mt.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 14. Aug.

1. Klasse 425 Drittel zu 155,36 Mt. im Durchschnitt.
2. „ 28 „ 122,57 Mt. „ „

Unverkauft blieben — Tonnen.

Briefkasten.

M. G. „Brottig“ ist ein dem lübischen Sprachgebrauch eigenes Wort. Es bedeutet so viel wie schroff, verb.

Zwei Streitere. Bei der häufigen Wiederkehr der Sturmperioden können wir nicht feststellen, ob im Februar 1892, 1893 oder 1894 ein großer Sturm herrschte.

Literarisches.

Das überall bekannte und beliebte Familienjournal „Das Buch für Alle“ beginnt jeden seinen achtundvierzigsten Jahrgang. Das erste Heft zeigt so recht deutlich, daß einreicher Bilderreichtum es zu einem Prachtwerk im vollsten Sinne des Wortes macht. Zwei große äußerst spannende Romane „Frauenrechtlerinnen“ von M. Gräfin von Büchau und „Vermessenes Spiel“ von Reinhold Ortmann eröffnen den neuen Jahrgang.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Schulsystem und Unterrichtserfolg.

Vor einiger Zeit erregte die Nachricht erhebliches Aufsehen, daß die Stadt Berlin die Absicht habe, ihr Schulwesen aus dem achtklassigen System wieder zum siebenklassigen System rückwärts zu revidieren. Angeblich sollte sich das achtklassige Schulsystem nicht bewährt haben. Nach einer späteren Meldung sollen die Berliner Schulbehörden von diesem Schulbürgerstreich zurückgekommen sein oder ihn überhaupt nicht geplant haben.

Es wäre allerdings auch ein schier ungläubliches Beispiel rückwärtlicher Schulpolitik gewesen, wenn Berlin die mühsam errungene Fortentwicklung seines Schulwesens zum achtklassigen Schulsystem wieder zerstört hätte. Gewiß kann die natürliche Forderung, daß jede gleichzeitig eingeschulte Schülergeneration ihre eigene Klasse und ihren eigenen Lehrer hat, in kleinen und entlegenen Dorfgemeinden nicht ohne weiteres durchgeführt werden. Wenn in einem Orte nur 10 oder 20 schulpflichtige Kinder sind, so verlangen auch wir nicht, daß jeder Jahrgang in einer Klasse für sich von seinem Lehrer unterrichtet wird. Aber in mittleren und vor allen Dingen in großen Städten muß mit größter Entschiedenheit das achtklassige Schulsystem gefordert werden. Wenn es hier noch wenig durchgeführt ist, so liegt das daran, daß die städtischen Behörden und Kollegien an einem gut ausgebildeten Volksschulwesen nur ein mangelhaftes Interesse haben.

Das statistische Jahrbuch deutscher Städte bringt in seiner neuesten Veröffentlichung Beiträge zu den Unterrichtserfolgen der sechs-, sieben- und achtklassigen Schulsysteme, die der in Fachkreisen bestens bekannte Spezialist für die Fragen der Schulorganisation, Lehrer Schwarz in Berlin-Schöneberg, in den schulstatistischen Blättern einer gründlichen Besprechung unterzieht. Aus den Ergebnissen der statistischen Zusammenstellung ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die achtklassige Schule auf dem Marsch ist, wenn auch dieser Marsch vorläufig leider noch in einem sehr langsamen Tempo vor sich geht. Die Zahl der Städte mit achtklassigem Schulsystem nimmt zu, die Zahl der Städte mit sieben- und sechs-klassigen Schulsystemen zurück. Ferner aber lassen die Ergebnisse deutlich die außerordentliche Überlegenheit des achtklassigen Schulsystems über die weniger gegliederten Schulen erkennen.

Zwar unterscheidet sich die Höchstzahl der aus der obersten Klasse Entlassenen nur unwesentlich bei den drei Schulsystemen; im achtklassigen Schulsystem Leipzig beträgt sie 79 vom Hundert, im siebenklassigen Düsseldorf 77 v. H., und im sechs-klassigen Wachen 78 v. H. Aber um dieses scheinbar gleiche Resultat zu erzielen, müßte die durchschnittliche Besetzungsziffer im achtstufigen Leipzig 96 v. H., im siebenstufigen Düsseldorf 87 v. H. und im sechsstufigen Wachen nur 76 v. H. betragen. Diese Besetzungsziffern lassen deutlich die überlegene Leistungsfähigkeit im achtklassigen Schulsystem erkennen.

Die niedrigsten Zahlen der aus der obersten Klasse Entlassenen weist unter den Städten mit achtstufigem Schulsystem Barmen mit 46 v. H., unter den Städten mit sieben Stufen Harburg mit 31 v. H., und unter dem sechsstufigen Danzig mit 52 v. H. auf. Aber auch diese Zahlen erhalten erst ihre Bedeutung, wenn man die Besetzungsziffern daneben hält. Sie betragen im Durchschnitt beim achtstufigen System 90 v. H., beim siebenstufigen 75 v. H. und beim sechsstufigen nur 64 v. H. Die Überlegenheit

des sechsstufigen Systems (siehe Danzig) ist sonach nur eine scheinbare; denn in der Durchschnittsbesetzung steht das Ergebnis der sechsstufigen Schule gegen die siebenstufige um 11 v. H., gegen die achtstufige aber sogar um 26 v. H. zurück. Schwarz sagt mit Recht: „Haben schon die Ergebnisse der höchsten Leistungen das Übergewicht des achtstufigen Systems deutlich erwiesen, so zeigt die geringste Leistung in den verschiedenen Systemen das Übergewicht dieses Systems in so bedeutendem Maße, daß man es nicht verstehen kann, wie eine Stadt noch zögern kann, das achtstufige System einzuführen.“

Der Vorzug des achtklassigen Schulsystems zeigt sich auch darin, daß bei ihm der Prozentsatz der Kinder, die die achtjährige Schulpflicht nicht absolvieren, am geringsten ist. Wenn man einige Städte der Statistik ausscheidet, für die besondere Verhältnisse vorliegen, so ergibt sich die Tatsache, daß sich die vorzeitigen Entlassungen bei den Schulen mit acht Klassen zwischen 0,23 v. H. bis 3 v. H. bewegen, bei den siebenklassigen Schulen zwischen 2 v. H. und 57 v. H.

Auch in der Frage der durchschnittlichen Besetzungsziffer der Klassen stehen die achtklassigen Schulsysteme an der Spitze. Sie schwanken zwischen 36 (Freiburg) und 57 (Essen); fünf Frequenzen liegen zwischen 30 und 39, 11 zwischen 40 und 49, 9 zwischen 51 und 59, über 60 Durchschnittsbesetzungen hat keine Stadt. Das Hauptgewicht liegt zwischen 40 und 49. Im siebenstufigen System schwankt die Klassenfrequenz zwischen 43 und 61, und zwar liegen 7 Frequenzen zwischen 43 und 49, 14 zwischen 50 und 59, und 3 zwischen 60 und 61. Hier liegt also das Hauptgewicht zwischen 50 und 60. Beim sechsstufigen System liegen die Besetzungsziffern zwar ähnlich wie beim achtstufigen System, doch wird dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis hauptsächlich durch die Einführung von Parallelklassen erreicht. Wie wenig die Unterrichtserfolge des sechsstufigen Systems trotz der annähernd gleichen Klassenfrequenz mit denen des achtstufigen Systems konkurrieren können, ergibt die schon mitgeteilte Spannung in den Besetzungsziffern. Bleibt doch die beste Leistung des sechsstufigen Systems noch um 18 v. H., die schlechteste gar um 26 v. H. hinter dem achtstufigen System zurück. Eine niedrige Klassenfrequenz ergibt demnach noch nicht ohne weiteres bessere Unterrichtserfolge. Eine mangelhafte Siederung des Schulsystems kann die Vorteile einer geringen Klassenbesetzung wieder zunichte machen. Das Streben sozialdemokratischer Schulpolitiker muß deshalb darauf gerichtet sein, niedrige Klassenfrequenzen bei achtklassigem Schulsystem zu erreichen. Schwarz will die Durchschnittsziffer für die Klassenbesetzung auf 40 bis höchstens 45 bemeßeln. Diese Ziffer ist noch um 10 zu hoch. Mehr als 30 Kinder darf eine Klasse nicht enthalten, wenn der Lehrer die Möglichkeit behalten soll, jedem Kinde seine Aufmerksamkeit zu widmen und es nach seiner Individualität zu behandeln.

Eine beliebte Ausrede vieler städtischer Behörden, mit der sie sich um die Einführung des achtklassigen Schulsystems hinwegzudrücken suchen, besteht in der Behauptung, das achtstufige System sei teurer als die anderen beiden Systeme. Selbst wenn diese Behauptung richtig wäre, so wäre sie kein Argument gegen die Einführung des besseren Schulsystems, sie bewiese lediglich, daß auch liberale Stadtbehörden jeden Pfennig in der Hand zehnmal herumdrehen, ehe sie ihn im Interesse der Arbeiterklasse ausgeben. Aber die Behauptung ist nicht einmal richtig, wie die statistischen Erhebungen zeigen.

Die Durchschnittskosten für ein Schulkind bewegen sich bei den achtstufigen Systemen zwischen 65 und 124 Mark, und zwar unter 100 Mk. bei 12, über 100 Mk. bei vier Städten. Bei den siebenstufigen Systemen bewegen sich die Kosten für ein Kind zwischen 57 und 132 Mark, und zwar bei 15 Städten unter 100 Mk., bei 4 Städten über 100 Mk. Im übrigen soll aber zugegeben werden, daß sich diese Zahlen nicht ohne weiteres mit einander vergleichen lassen, da für die Errechnung der Durchschnittskosten für ein Kind Beiträge mit in Anrechnung gebracht werden müssen, die mit dem Schulsystem an sich nichts zu tun haben.

Die Statistik enthält auch Angaben über die Kosten des Schulwesens der Städte auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, und zwar sowohl über die Kosten des Volksschulwesens allein, als auch für alle Schulen. Aus den Differenzen der Zahlen lassen sich die Kosten für das höhere Schulwesen allein erkennen. In mehreren Städten kostet das städtische höhere Schulwesen fast ebenso viel, wie das gesamte Volksschulwesen. Doch liegt dies in der Hauptsache daran, daß in solchen Städten ein hoher Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder die höheren Schulen besucht, so in Wiesbaden 44 v. H., in Frankfurt a. M. 35 v. H., in Halle 41 v. H., in Dresden 31 v. H., in Freiburg i. Br. 39 v. H., in Wilmersdorf 48 v. H., in Charlottenburg 31 v. H., in Strömeberg 42 v. H. Die Städte, in denen die Ausgaben für das Volksschulwesen den größten Bruchteil der Gesamtausgaben ausmachen, sind zugleich auch die Städte, in denen der Prozentsatz der höheren Schüler ein geringerer ist, so Essen mit 12 v. H., Fürth und Nürnberg mit 15 v. H., Chemnitz mit 14 v. H., Gelsenkirchen mit 5 v. H.

Man braucht sich nur den Charakter der beiden Städtegruppen vorzustellen, um diese Verschiedenheit zu begreifen. In der ersten Gruppe wiegen die wohlhabenderen Kreise, Rentiers, Beamte und der sogenannte „neue Mittelstand“, die Städte der zweiten Gruppe sind Industriestädte mit starker Arbeiterbevölkerung. Um wieviel die Kosten für die höheren Schulen auf den Kopf des Schülers berechnet, höher sind, als für die Volksschulen, läßt sich aus den Angaben leider nicht ersehen. Alles in allem ergibt die Statistik, daß an dem städtischen Schulwesen im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung noch sehr viel zu bessern ist. Gewiß steht es im städtischen Schulwesen nicht so arg aus wie in den Schulen ostelbischer Gutsbezirke. Aber das ist kein besonderes Verdienst der Städte. Sie sind durch die Bedürfnisse der städtischen Berufe zur Einrichtung besserer Schulen genötigt worden. Außerdem drängt die großstädtische Arbeiterbevölkerung auf Verbesserung des Schulwesens. Würden die Vertreter der Arbeiter in den Stadtverordnetenkollegien nicht unausgesetzt kritisieren und Verbesserungen anregen, so läge es auch im Schulwesen der Städte noch viel schlimmer aus als heute.

Wie schwer es hält, die schwerfälligen städtischen Behörden in der Richtung des Schulfortschritts weiter zu treiben, zeigt das langsame Tempo im Ausbau der Schulen zum achtstufigen System. Mögen die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Ergebnisse der neuesten Statistik benutzen, um dieses Tempo etwas zu beschleunigen.

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Johannes vergaß jede Verbeugung und blickte starr dem Grafen nach, welcher sich zur Gesellschaft zurückbegab. Also darum hatte er ihn geholt, der schlaue Fuchs — darum diese Komödie mit der Bauerntracht!

Er, die Seele des Geschäftes, die Stütze seines Standes! Der verlotterte Johannes, der auf den Bierbänken seine Sprüche machte, der, ohne daß man ihn darum fragte, das falsche Spiel mitmachen mußte, den braven Mann zum besten zu halten.

Schon wollte er dem Grafen nachsehen, ihm alles gesehen, da kam ihm plötzlich ein anderer Gedanke.

Wenn er diese Lüge zur Wahrheit machte, wenn er wirklich das würde, für was ihn der Graf hielt, der Helfer seiner Landsleute! Wenn er diesem Polenz besser auf die Finger läßt, sich mit aller Kraft jedem Unrecht widersetzt, all die zweideutigen Geschäfte verhindert, von denen er schon erfahren — wäre das nicht besser, nicht nützlicher?

„Sie sind ein braver Mann, ich verlasse mich auf Sie,“ hatte der Graf gesagt.

Sein Entschluß war rasch gefaßt. Er fühlte etwas von der alten Kraft zurückkehren. Es war ihm, als ob er plötzlich auf seinem Grund und Boden stände, von dem es wunderbar ausstieg durch sein ganzes Wesen.

Graf Waradin wartete nicht einmal das Mahl ab, er werde bereits anderwärts erwartet und müsse leider fort.

„Ihr Vater ist ein trefflicher Mann. Ich habe mich gefreut, ihn kennen zu lernen. Nehmen Sie sich nur ein Beispiel daran,“ sagte er zu Matthias, welcher ihn mit Polenz die Treppe hinab begleitete. Dann zu letzterem: „Folgen Sie nur meinen Ratsschlägen. Er hat sehr gesunde Anschauungen.“

Diese Worte genügten für Polenz. Die Sache war gewonnen. Der Graf war richtig auf dem Heim gegangen.

Es ersahte ihn die wilde Hast eines Raubtiers, wenn es die sichere Beute wittert, zugleich aber etwas wie Dankesgefühl gegen Johannes. Er eilte auf ihn zu und drückte ihm die Hand.

„Was haben Sie Ihre Sache gemacht. Famos! Der Graf schwört auf Sie. Aber jetzt kommen Sie mir nicht mehr aus dem Hause, die Seele des Geschäftes müssen Sie werden.“

Johannes, der schon einige zornige Erwiderung auf den Lippen hatte über das freche Spiel, das man mit ihm ge-

trieben, sah sich entwarf. Seine Sinne verwirrten sich. Wie wird er diesen Mann verstehen, der sich unter seinen Händen in alles Erdenkliche verwandelt.

„Jawohl, schauen Sie nur so erstaunt. Die Seele des Geschäftes! Sie müssen es machen von nun an, Generalagent von Polenz u. Aktiver! Sollen sich auch nicht schlecht dabei fühlen, der Polenz ist kein Knauler. Aber jetzt kommen Sie! Die Freude hat mir Hunger gemacht. Die ganze Bande da draußen stehen wir ein, wenn wir zusammenhalten. Alles in Ehren, Johannes, alles in Ehren! Kennen mich ja am besten.“

Johannes wirbelte der Kopf. Er fühlte, daß dieser Mann an seiner Seite ganz anders dachte, als er sprach, daß er ein falsches Spiel mit ihm spielte; aber er fühlte sich schwach wie ein Kind ihm gegenüber, willenlos mit fortgerissen.

Die Gesellschaft, die bereits bei Tisch saß, empfing die beiden mit lautem Zurufe. Das Gebaren des Ministers hatte allgemeines Aufsehen erregt. Großes bereitetete sich offenbar mit den beiden Männern vor, welche die Sonne seiner Gnade beschien.

Polenz wurde als alles Erdenkliche gefeiert, als Hort der Kirche, als Unternehmerrgenie, als Vater der Arbeiter, als „Mann seiner Zeit“. Das war der Knalleffekt, der sich nicht mehr überbieten ließ.

Und auch Johannes, erhitzt vom Weine, von dem ungewohnten Lärme, dem Lobe des Ministers, das in ihm nachgarte, stieß mit an auf den „Mann der Zeit“, derselben Zeit, der er einst so stolz die Fehde angekündigt hatte.

Nachdem diese Komödie zu Ende war, lästeten sich rasch die Masken unter dem Einflusse des Champagners. Frau Polenz verlor ihre ganze Grandezza und wurde wieder möglichst lärmend. Herr Fritz und Genossen rückten den Damen gegenüber mit ihrer gewohnten Sprache heraus, während man in einer anderen Ecke unter dem Vorhange des Herrn Polenz eine förmliche Börse abhielt, Bündnisse abschloß, sich unter dem Scheine der Freundschaft hinter die Karten zu blicken suchte.

Johannes hatte jede Haltung verloren; er glückte jetzt mit dem weingeröteten, aufgebunsenen Antlitze, den schwankenden Bewegungen mehr einer lustigen Falschungsfigur, mit der man sich ungekräft jeden Scherz erlaubte. Auch die Bäuerin hatte ihren Groll und ihre Bedenken über den unzähligen Schmeicheleien, ihr Aussehen betreffend, längst vergessen und schwamm mit in dem Ströme, dessen gleichendes Spiegelbild sie schon einmal vertilgte.

Den Höhepunkt erreichte der Abend, als Herr Wigo, von Frau Wanda feurig begleitet, stark gewürzte Kuplets vortrug, jene charakteristischen Wieder einer in wilden Genüßstieben sich schüttelnden Zeit.

Alles drängte sich mit erhitzten Gesichtern um die beiden, welche nicht verfehlten, durch gegenseitiges Augenpiel die schwüle Wirkung zu erhöhen.

Auf Johannes wirkte diese Musik im Gegenteil ermüdernd. Der Inhalt dieser Lieder verdroß ihn. Solche Späße waren ihm von jeher in die Seele hinein verhaft; selbst in der Verfassung, in der er sich augenblicklich befand, kam er nicht darüber hinweg.

Die Leere, die sich um ihn gebildet, ließ ihn zur Besinnung kommen. Ein unbestimmtes Angstgefühl packte ihn wie Schwindel. Er erhob sich und ging in den Nebenraum, in dem er mit dem Minister die Unterredung gehabt.

Die Kühle hier tat ihm wohl, die näselnde Stimme des Tenors drang nur verschwommen herein. Er setzte sich in einen Winkel, den eine stattliche Fächerpalme dicht beschattete. Das Haupt sank ihm auf die Brust.

Er mußte geschlafen haben, dem langen, schönen Traume nach. Es war so kühl im Walde, in seinem Walde. Er ging von Stamm zu Stamm, und der alte Grimm legte die Wehrtange an und rief Zahl auf Zahl. Er aber trug jede sorgfältig in sein Buch ein. Dann stand plötzlich der Minister vor ihm, und er starrte rasch das Buch ein, und der drohte lachend mit dem Finger. „Sie sind ein braver Mann, und ich verlasse mich auf Sie.“ Dann nahm er ihn am Arme, und sie gingen dem Hofe zu. Über den grünen Hügel herab kam die Krost gelaufen mit fliegenden Föpfen. „Vater — Vater, wo bleibst du denn so lange?“

Oder war es gar kein Traum? Er griff nach den grünen Blättern, die sein Antlitze streifen — und was war das? Das Flirren und Säusen und Knistern, das an sein Ohr drang, wie von Millionen Flügeln — die furchtbaren Vernichter, die Dämonen der Zerstörung, die Nonnen!

Er bog die Blätter auseinander, beugte sich vor — da blieb sein Blick an einem Paare haften, das sich eng umschlungen hielt. Ein gepuktes Weib, ein junger Mann — sie küßten sich, flüsterten — das Weib war das Weib des Matthias, war Wanda! Der Mann der Sänger, der eben noch die häßlichen Lieder sang.

Jetzt träumte er nicht, jetzt war er wach.

„Was träumst Du Dich, schöne Wanda, wenn ich Dir sage, daß ich Dich über alles liebe? Ich, Wigo, den alle Frauen begehren. Soll ich einem Bauernjungen weichen?“

Aus der Partel.

Parteitag Chemnitz. Die Delegierten und sonstigen Teilnehmer des Parteitag werden ersucht, dem Wohnungsaussschuss Mitteilung zugehen zu lassen, ob die Beforgung von Wohnung gewünscht wird. Da in Chemnitz die Wohnungen knapp sind, ist es ratsam, daß die Delegierten sich rechtzeitig, und zwar bis zum 31. August, beim Wohnungsaussschuss melden. Bei der Meldung ist zu vermerken, ob Hotel oder Privatwohnung, und in welcher Preislage das Zimmer gewünscht wird. Die Adresse des Wohnungsaussschusses ist: Sozialdemokratisches Parteisekretariat Chemnitz, Dresdenerstraße 38.

Vereinsgesetzliche Schikanen. Die Frage, ob die Anmeldefrist der Veränderungen im Vorstand, und der Statutsveränderungen eines politischen Vereins am Tage des Beschlusses oder am Tage des Inkrafttretens beginnt, ist vom Breslauer Schöffengericht in erster Instanz dahin entschieden worden, daß die Anmeldung erst nach dem Inkrafttreten eines neuen Statuts zu geschehen braucht. Polizei und Staatsanwalt waren ungelehrter Meinung und hatten eine Handvoll Strafmandate gegen den Vorstand des Breslauer Parteivereins verfaßt. Sie werden ihr Glück auch bei den höheren Instanzen versuchen.

Aus den Organisationen. Auch in den ostelbischen Gefilden geht es mit der Parteibewegung stramm vorwärts, dafür legen die gegenwärtig tagenden Bezirks- und Kreisversammlungen Zeugnis ab. So wurde auf der Kreisversammlung für Liegnitz-Goldberg-Gannau in Schlesien konstatiert, daß bereits in 72 Dörfern des Wahlkreises organisierte Parteimitglieder vorhanden sind. Die Gesamtzahl der Mitglieder hat sich von 2457 auf 3010 vermehrt; im gleichen Verhältnis ist die Zahl der Leser der Parteipresse gestiegen. Da im Kreis 10 700 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden und uns nur noch 600 Stimmen zum Siege bei der Reichstagswahl fehlten, soll vom 1. Oktober ab ein besonderes Kopfblatt der „Volkswacht“ unter dem Titel „Liegnitzer Volkszeitung“ erscheinen. Diese wird dann das fünfte Parteiblatt der Provinz Schlesien sein. — Auf der Bezirksversammlung für den schlesischen Bezirk Langenbielau, der jetzt durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag vertreten ist, konnte festgestellt werden, daß sich die Leserschaft der Parteipresse von 19 796 Abonnenten auf 24 299 gehoben hat. Auch die Zahl der Parteimitglieder stieg von 11 565 auf 12 638. Es gelang im Laufe der letzten Jahre 130 sozialdemokratische Vertreter in die Landgemeindeförperschaften zu entsenden. Als Organ für die Landbevölkerung wird ein „Schlesischer Wochenspiegel“ herausgegeben, der bisher in 210 000 Exemplaren erschien. Dem Landarbeiterverband sind 250 Mitglieder gewonnen worden. Es wurde beschlossen, sich im Bezirk mit aller Kraft an den nächsten Landtagswahlen zu beteiligen. Wenn es auch nicht gelingen sollte, ein Mandat zu erobern, so müssen doch Zentrum und Konfession im Landtage geschwächt werden. Die Konferenz erklärte sich schließlich gegen den Parteiaussschuss und gegen die Erhöhung der Beiträge, um die Werbekraft der Organisation nicht zu schwächen. — Die Wahlkreisorganisation für Wittenberg-Schweinig hielt am Sonntag ihren Kreisstag in Kemberg ab. Die Mitgliederzahl und Volksblattleser stiegen und die K. J. Verhältnisse besserten sich. Bei der Stellungnahme zum Stichwahlabkommen erklärte der Referent Hildebrandt-Berlin unter allgemeiner Zustimmung, daß ein Abkommen an sich nötig war; die Dämpfung sei aber auf alle Fälle zu vermeiden. Der Parteivorstand werde eine solche Abmachung hoffentlich nie wieder treffen. — Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld hielt seinen Kreisstag in Delitzsch ab. Der zum ersten Male siegreiche Reichstagswahlkampf brachte dem Verein eine Steigerung der Mitgliederzahl von 2547 auf 3166 und der Volksblattabonnentenanzahl von 3260 auf 3950. Der Kreis zählt über 500 Abonnenten der „Arbeiterjugend“; er hat in 15 Landgemeinden 44 Genossen als Gemeindevorsteher und in drei Kleinstädten 14 Stadtvorordnete. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Raute über den bevorstehenden Parteitag erklärte sich der Kreisstag gegen die im Stichwahlabkommen vorgesehene Dämpfung. Der Parteiaussschuss wurde als zu schwerfällig abgelehnt, dafür einer Erweiterung des Parteivorstandes um sieben geschulte Politiker und der Erweiterung der Rechte der Kontrollkommission zugestimmt. Mit der vorgeschlagenen Beschränkung der Rechte der Reichstagsfraktion war man einverstanden. — Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Lugsbürg-Wertingen hat

im abgelaufenen Vereinsjahr seinen Mitgliederbestand von 1900 auf 2200 erhöht. Die sich mehrenden Verwaltungsarbeiten machten die Anstellung eines Parteisekretärs notwendig; als solcher wurde der Genosse Buchwieser gewählt. Die bei der Gemeindevahl für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen stiegen von 14 440 im Jahre 1908 auf 42 261. Bei der Reichstagswahl betrug die Stimmenzunahme der Sozialdemokratie 4189, in der Stichwahl blieb unser Kandidat nur um 584 Stimmen hinter dem Kandidaten des Zentrums zurück. Die Landtagswahl brachte uns ein Mandat. In der Gemeindevertretung sitzen sieben Genossen; als Armen- und Waisenräte fungieren 10 Genossen und 4 Genossinnen.

Aus der Jugendbewegung.

Die Jugendaussschüsse Thüringens hielten am Sonntag in Jena ihre Jahreskonferenz ab. Vertreter waren 45 örtliche Aussschüsse. Im abgeschlossenen Berichtsjahre stieg die Zahl der Jugendaussschüsse von 38 auf 57, die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“ von 2640 auf 4832. Jugendheime haben zurzeit 29 Orte eingerichtet; Jugendbibliotheken haben 21 Orte. Mit drei Versammlungsverbänden und mit 26 Strafmandaten wurde die Arbeiterjugend Thüringens bedacht. In neun Fällen hob das Gericht die festgesetzte Geldstrafe auf. — Angeregt wurde auf der Konferenz die Einführung einer Unfallversicherung für die Jugendlichen, die Einrichtung von Distriktspieltagen und von Spiel- und Jugendleiterkursen, sowie die Anstellung eines besoldeten Jugendsekretärs für Thüringen.

Die Untersuchungshaft.

Schon mehrfach ist in der Presse, nicht zum mindesten in der sozialdemokratischen, darauf hingewiesen worden, daß die Verhängung der Untersuchungshaft manchmal in recht leichtfertiger Weise geschieht. Häufig ist es vorgekommen, daß die Untersuchungshaft verhängt worden ist, ohne daß die zuständigen Stellen in eine eingehende Prüfung der der Beschuldigung zugrunde liegenden Tatsachen eingetreten sind. Auch in Lübeck sind die Fälle leider nicht selten, daß Leute wegen nichtiger Sachen in Untersuchungshaft genommen worden sind. Bei der Verhandlung stellte sich dann heraus, daß die Untersuchungshaft nach keiner Richtung hin gerechtfertigt erschien. Heute können wir unsern Lesern nun einen Fall unterbreiten, der so recht beweist, wie notwendig es ist, daß die Staatsanwaltschaften bei der Verhängung der Untersuchungshaft vorichtiger als bisher zu Werke gehen. Die „Frei. Ztg.“ erhält folgende Zuschrift: „Daß ein unbescholtener Staatsbürger auf eine strafbare Handlung hin, die überhaupt nicht, weder von ihm noch von sonst jemandem, begangen worden ist, in Untersuchungshaft genommen wird, dürfte nicht oft vorkommen. Mir ist dieses Schicksal widerfahren. In Wiesbaden wurde ich im Juni ds. Jz. zur Kriminalpolizei gebeten, wo mir nach einigem Hören der Beamte das „Deutsche Jahrbuch“ mit einem Steckbrief gegen mich zeigte. Da stand es klipp und klar: „Der Schriftsteller . . . soll wegen Unterschlagung auf Ersuchen des Ersten Staatsanwalts in Erfurt verhaftet und dem nächsten preussischen Gericht zugeführt werden.“ Ich hatte das Bewußtsein, nie eine Unterschlagung oder ähnliche strafbare Handlung begangen zu haben. Der Kommissar, dem ich zunächst vorgeführt wurde, schnauzte mich auf meinen Protest an: „Dann müssen Sie solche Sachen nicht machen.“ Ich hat ihn vergebens, mir zu sagen, was für Sachen ich gemacht haben solle. Ich kam in eine Zelle, um von einem Kalfaktor auf Ungeziefel untersucht zu werden! Dann mußte ich zusammen mit vier Leidensgenossen, offensbaren Stammgästen des fiesalischen Hotels, den grünen Wagen besteigen. In der Gefängnisexpedition ließ man mich unter ankommenden und abgehenden Sträflingen stundenlang stehen. Zwei junge Burken schielten mich verstoßen an, dann stieg der eine den andern in die Seite und flüsterete mit bewunderndem Aukt: „Du, ein Hochstapler!“ Mein Verlangen, sofort zum Richter gebracht zu werden, wurde gemühtlich dahin beantwortet, daß das schon zu seiner Zeit geschehen werde. Schließlich, nachdem ich den Inhalt meiner Taschen ausgeliefert und ungefähr ein Duzend mal in verschiedene Bücher meinen Namen geschrieben hatte, ging es zur „Einführung“. Ich trübte mich vergeblich, die nach Schweiz stinkende Gefängnisleidung anzulegen. Meine eigenen Kleider kamen, trotzdem sie im Polizeigefängnis untersucht und für rein befunden waren, in den Des-

infizierosen. Nachher wurde ich wieder vor etlichen Türen stundenlang stehen gelassen, wobei die Hausgenossen mich als „Neuen“ geziemend kennen lernen konnten.

Der Tag ging vorüber, ohne daß ich einem Verhör unterzogen wurde. Am andern Tage mittags besuchte mich meine Sekretärin, entsetzt, mich im Sträfingensanlag zu finden, der das untere Drittel der Arme und Beine freiließ. Der Besuch wurde durch einen Gerichtsbeamten überwacht, der meine Enttäuschungsäußerung mit dem Verweis unterbrach: „Schimpfen Sie nur nicht. Sie werden schon wissen, was Sie ausgelesen haben.“ Dann endlich am späten Nachmittag erschien zunächst ein Sekretär des Untersuchungsrichters, der mir nochmals den Haftbefehl vorlas und sich dann in ein minutenlanges Schweigen vertiefte. Schließlich ging ich selbst zur Sache über, indem ich auf eine mir inzwischen eingefallene Sache zu sprechen kam, um die es sich meiner Ansicht nach allein handeln konnte. Der Sekretär ließ sich den Gehrang erzählen und nahm ihn zu Protokoll. Der Kallus lag so: In meiner Wohnung in Thüringen, die ich durch Berufreisen ein Jahr lang ferngeblieben war, hatte ich ein geltehenes Konversationslexikon in Verwahrung, auf das ich durch Gegenteile gewisse Rechte hatte. Nun mußte der Eigentümer Veranlassung — ich weiß heute noch nicht wie — genommen haben, mich der Unterschlagung zu bezichtigen. Das Ding mußte sich also in meiner Wohnung, zu der der Hausbesitzer von mir den Schlüssel erhalten, befinden. Wäre es nun nicht notwendig gewesen, daß der Staatsanwalt, ehe er den Haftbefehl erläßt, feststellt, ob die ihm zugegangene Anzeige auch tatsächlich begründet war? In dem die Aufhebung der Haft anordnenden Beschluß des Staatsanwalts, der auf meine Beschwerde erging, heißt es wörtlich, daß was der Anzeigeblätter gegen ihn (den Beschuldigten) vorbringe, nur in Verurteilungen bestehe.

Was ich im Untersuchungsgefängnis durchgemacht habe, kann hier nicht aufgezählt werden. Unter andern weigerte ich mich, in Reich und Glied an den täglichen „Spaziergängen im Freien“ teilzunehmen. Mir war es genug, daß die Mitgefängenen um den mir zugefügten Schimpf mühten; ich wollte nicht auch noch vor den auf den Korridoren des Gerichtsgebäudes zahlreich herumstehenden Zivilpersonen Spießruten laufen. Man erwiderte mir, da mühte ich erst schriftlich beim Untersuchungsrichter um Dispens nachsuchen, der dann in einigen Tagen erteilt oder nicht erteilt wird. Ich erlangte zum Glück die Befreiung von dieser zweifelhaften Wohlthat schon einstweilig durch den Arzt, bei dem ich mich auf meine „Nerven“ berief.

Jetzt bin ich wieder in Freiheit; wer aber rehabilitiert mich nun vor meinen Bekannten, wer entschädigt mich für den Freiheits-, Erwerbs- und moralischen Schverlust? Ich bin in meiner Existenz zur Hauptsache auf eine populärwissenschaftliche Vortrags- und Lehrtätigkeit angewiesen, wobei die Bedingung ein untadeliges persönliches Ansehen ist. Meine neuer Bekannten brachen alsbald die Beziehungen zu mir ab, als sie von der Verhaftung erfuhren. Der Staatsanwalt teilt all diesen Leuten nicht mit, daß meine stechbrieffliche Verfolgung und Inhaftierung jeder realen Grundlage entbehrte. Die halten mich alle so lange für einen Hochstapler, als nicht offiziell das Gegenteil verlautet. Und selbst dann bliebe noch immer etwas hängen.

Sowohl gegen die Verhängung der Untersuchungshaft, als auch gegen die Behandlung des Mannes im Gefängnis muß auf das schärfste Protest erhoben werden. Ein Untersuchungsgefängener ist kein Verurteilter, ihm soll die Tat erst durch die Verhandlung nachgewiesen werden. In Rußland mag ein solches Verfahren Mode sein, in Deutschland verbitten wir uns ein solches unerhörtes Vorgehen!

Gewerkschaftsbewegung.

Nachklänge zum Streit in der Görlitzer Waggonfabrik Montag abend fand in Görlitz eine überfüllte Versammlung der bereits wieder eingestellten und der noch außenstehenden am Streit beteiligt gewesenen Arbeiter statt. In der Versammlung wurde darüber Klage geführt, daß die Verksleitung die über die Wiedereinstellung getroffenen Vereinbarungen nicht befolgt. So wurde behauptet, daß die Streikenden entgegen den Vereinbarungen nicht nach ihrer Beschäftigungsdauer eingestellt werden, sondern daß vielfach grundlos jüngere Arbeitskräfte angenommen und die alten Arbeiter hintenan gehalten würden. Auch würden die Arbeiter nicht, trotzdem es auch schriftlich zugesagt war, an ihre alten Plätze gestellt, zudem werden ihnen reduzierte Akkordpreise angeboten. Diese Klagen wurden in der Versamm-

Der Sönger flüsterie die Worte. Wanda machte wohl eine Erwandung, einen schwachen Versuch, sich seiner Umfassung zu entziehen.

„Lorheit!“ flüsterie er, „in unserer Zeit!“
Koch immer unarmten sie sich, dann legten sie die Finger auf die Lippen, und beide verließen Arm in Arm den Raum.

Johannes sprang auf, als ob er ihnen nachsehen wollte, halfte die Faust. Da vernahm er wieder das seltsame Geräusch. Jetzt klang es fast wie damals, als die Milliarden von Kapfen seinen Hals anstrafen, Milliarden von Kiefern sich bewegten, und der Nebelregen herabrieselte.

Er rückte nach der Tür. Barre Paare drehten sich im Tanz, Seide knisterte, Füßer wehten, und in dem Augenblicke lag die Wanda an ihm vorbei in den Armen eines Mannes, das Antlitz erhitzt, das Kröchen von Perlen schief im halbgeöffneten Haare und dicht hinter ihr her waltete Wanda mit dem Sönger, Matthias mit einem halben Kinde, zu dem er wohl ähnliche Worte flüsterie, wie eben der Sönger in das Ohr seines Weibes geflüstert hatte, dem höchsten Lachen nach auf seinen Lippen, dem heißen Blute seiner Augen.

Der dicke Polenz im Arme einer Schönen, die ihm vergebens willig zulachte — dann bewirtete sich alles wieder im bunten Kreisel.

Johannes trat mitten hinein. Er rief zornig nach seinem Weibe.

Man lachte über den trauenen Szenen, umarmte ihn noch locker, zog ihn am Rock, bis die Bäuerin selbst sich seiner annahm, ihn zupackte er solle sich doch schämen und sie nicht vor aller Leuten zu Schanden machen.

Doch er sagte sie mit eisernem Griffe bei der Hand. „Wir geh'n, Wanda!“

Die Bäuerin sagte. Den Ton hatte sie schon lange nicht gehört. Noch einmal verlor sie, unterstügt von den Umstehenden, welche die Sache überhört hatten, schwachen Widerstand, doch ein Blick des Besizers, ein neuer Druck seiner Hand, und sie folgte ihm.

Johannes erwiderte kein Wort auf die Vorwürfe seiner Frau über sein Verschweigen. Erst als er das Licht angezündet in seiner Wohnung, bemerkte sie das Verschweigen seines ganzen Wesens; des sonst feingewitzte Gesicht erschien jetzt grau, jede Spur von Ironie war verwichen.

„Ja, was hast denn, Johannes?“ fragte sie beherrgt, „heut' ist was da was was was? Ich weiß nicht, was das ist.“
„Was ist das?“
„Das ist das was was? Ich weiß nicht, was das ist.“
„Was ist das?“
„Das ist das was was? Ich weiß nicht, was das ist.“

Johannes nickte schwer mit dem Kopfe. „Ja, da hast recht, Wanda, das darf ma net denken.“

Er stand auf und öffnete die Tür zu seiner Kammer. An der Schwelle blieb er noch einen Augenblick stehen, als ob er noch etwas sagen wollte, dann machte er mit der flachen Hand einen Strich durch die Luft und schloß die Tür.

Der Lustig vom geöffneten Fenster verlorste die Kerze, das Säusen und Brausen der rastlosen Stadt drang herein, welche bereits zur neuen Arbeit erwachte.

Er warf zornig das Fenster zu und streckte sich auf das Lager.

„Sie sind ein braver Mann, und ich verlasse mich auf Sie! Die Seele des Geschäftes! Grimm! Grimm! — Schnip! — Lorheit! In unserer Zeit! — Genießen! Genießen!“

Im Ofen grante schon der Tag, als der letzte Gast das Palais Polenz verließ, der berühmte Tenor Bigo.

Die Presse brachte lange Artikel über das Fest bei Polenz, diesem Hauptmitarbeiter an dem Aufschwunge der Stadt. Der Minister Graf Waradin und der würdige Vater Johannes lieferten natürlich höchst dankbaren Stoff, an dessen Ausprägung man es nicht fehlen ließ.

Ein rührendes Bild war es — ein glorioches Zeichen der Zeit! — das waren die mildesten Ausdrücke.

Drei Monate später war die Ringbahn erlebigt. Sie ging mitten durch den Grund des Polenz. Die Bureaus wurden nimmer leer, ein Menschenstrom wälzte sich des Tages über hindurch.

Man kannte und verlorste nur noch durch Polenz. Der letzte Einspänner aber mit dem prächtigen Aufschimmel davor, welchen Johannes selbst lenkte, war unterdessen in der ganzen Gegend eine gewohnte Erscheinung geworden.

Und überall wurde er mit Freuden begrüßt. Das Glück lag hinten auf dem Kalfaktor.

Wer freute nicht gerne heraus aus seinen kleinen Verhältnissen, wenn von allen Seiten her aufregende Randschaft kam von dem und dem, der sein Glück gemacht, von unerhört günstigen Verläufen und raschem Emporkommen. Ein Kalfaktor, der sich da noch lange abplagen will müdem fargen Boden!

Der Johannes aber, man kannte ihn nur noch unter diesem Namen, war der, der es machte, Polenz' rechte Hand; er war selbst Bauer und wußte, was den Bauern wohl und wehe tat, und keiner kam zu ihm, der ihm vertraute.

Er sagte gar ein, poachte nichts ab, und im Handumdrehen hatte er ein „hinterlassenes“ Anwesen bereit, das, dem Reichthum entgegen, von geringerm Bodenwerte, da-

für aber bedeutend größer war und eine seinem Bodenwert entsprechende Rente abwarf.

Der Rest des Kaufpreises, welcher dem Bauer in der Hand blieb, wanderte zu Polenz und trug seine schönen Prozente, wie sie keine Bank der Welt zahlte.

Man hätte ja am liebsten den ganzen Kaufpreis dahin getragen, aber das paßte dem Johannes nicht, ja, er weigerte sich entschieden, in diesem Falle den Handel abzulassen.

Ein Bauer soll Bauer bleiben, er taugt zu niz anderem. Ich hab's an mir selbst erfahren! war sein Wahlpruch.

Johannes war den Tag nach dem Feste entschlossen gewesen, schlennigst mit seinem Weibe zu fliehen aus der vergifteten Luft. Eine unbändige Sehnsucht erfaßte ihn nach der Heimat. Dann aber dachte er wieder der Worte des Ministers. Nein, es wäre eine feige Flucht, jetzt zu gehen.

Dann rief ihn Polenz zu sich in das Kontor. Das war ein ganz anderer Mann, der da am Schreibtische saß mit seinem ersten, fast sorgenvollen Gesichte, nicht mehr zu kennen gegen den Polenz von gestern abend. Und wie er ihm das alles auseinandersetzte, das ganze Geschäftsgeschäft, welche Rolle er, Johannes, von nun an darin zu spielen habe. Alles so gediegen, so durch und durch rechtlich.

Nur ängstlich wagte er sich ganz zuletzt mit seiner Beobachtung betreffs der Schwiegerknecht hervor, mit der Szene im Vorzimmer, die er belauscht, seine Besorgnis aussprechend.

Polenz hörte ihm ruhig zu, mit einem fast schmerzlichen Ausdruck um den Mundwinkel.

„Ja, die Jugend!“ sagte er dann schwer aufsteigend. „Die heutige Jugend! Aber Sie müssen das nicht so ernst nehmen, lieber Winger. Wir leben einmal in der Großstadt und auf keinem Dorfe. Übrigens ist Ihr Matthias in diesem Punkte auch nicht vorwurfsfrei, ich weiß es. Nicht, daß ich darin eine Verteidigung meiner Tochter sehe, wobei: Frieden; indes — ich will Ihnen was sagen, Johannes, mischen wir uns nicht hinein. Wir ziehen doch den Kürzeren mit unsern veralteten Anschauungen und können nur Unheil stiften.“

Johannes mußte ihm auch hierin recht geben. Er hatte einmal kein Urteil über diese fremde Welt und sah wohl alles in zu düsteren Farben. Was kümmerte sie ihn auch weiter? Sein neuer Wirkungskreis führte ihn ja auf das Land zu seinen Berufsgenossen.

Ehe er denselben antrat, machte er noch einen kurzen Abschied nach dem Hofe zu Ferl und Rosl. Es war ihm, als müsse er erst dort die rechte Kraft schöpfen zu dem neuen, verantwortungsvollen Werke.

(Fortsetzung folgt.)

lung von einer ganzen Anzahl Redner bestätigt. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, nach der die Organisationsvertreter den Auftrag erhielten, wegen fortrekter Durchführung der Vereinbarung bei der Werkleitung vorstellig zu werden. Den Auftrag führten die Organisationsvertreter am Dienstag aus. Stellt die Direktion diese Mißstände nicht ab, kann es leicht zu neuen Differenzen kommen.

Breslauer Gerichtsurteile gegen Streikführer. Neun Monate Gefängnis verhängte wieder einmal die Breslauer Strafkammer gegen vier Streikführer aus dem Baugewerbe, die Arbeitswilligen mit dem Rabe den Weg verstellten und ihnen mit Worten von der Arbeit auf dem gesperrten Bau abgeredet hatten. Die einzige Gewalttätigkeit bestand darin, daß ein Arbeitswilliger in den Chausseegraben gestoßen wurde, dafür lautete das höchste Einzelurteil auf 6 Monate Gefängnis. Damit muß man die Urteile gegen gewalttätige Breslauer Schußleute vergleichen!

Zum Streit und der Aussperrung in den Brennaborwerken (Gedr. Reichstein) in Brandenburg an der Havel wird uns mitgeteilt: In den Brennaborwerken ist am Freitag, dem 9. August eine Abteilung des Automobilbaues infolge Lohnhöhen und Entlassungen in den Ausstand getreten. Seit längerer Zeit versucht die Firma, die bestehenden Abfordränge zu revidieren. Begründet werden diese Maßnahmen mit neuen technischen Verbesserungen und Änderungen in der Produktion. So wurde auch im vorliegenden Fall der Abfordrpreis von 40 auf 25 Pfg. per Stück „revidiert“. Schon bei dem Preis von 40 Pfg. erklärten die Arbeiter, den bisher üblichen Verdienst nicht erreichen zu können. Trotzdem sollte der Lohn weiter gedrückt werden. Die beteiligten Arbeiter versuchten zunächst mit dem Meister, dann mit dem Chef selbst eine Verständigung herbeizuführen. Der Chef erklärte, der neue Abfordrpreis sei genau auskalkuliert, er (der Chef) habe sich von der Richtigkeit der festgesetzten Abfordrpreise überzeugt. Hier ist zu bemerken, daß zwischen dem Arbeiterausschuß und der Firma vereinbart war, daß strittige Arbeiten im Beisein der Arbeiter ausprobiert werden sollten. Dieses Versprechen der Firma ist hier nicht eingehalten worden. Ein Arbeiter wurde vielmehr durch den Betriebsleiter entlassen, weil er die Arbeit zu dem reduzierten Preis nicht anfertigen wollte. Einem anderen Arbeiter erging es ebenso. Der Arbeiterausschuß versuchte nun, zwischen der Firma und den Arbeitern der Autoabteilung vermittelnd einzugreifen. Nach zweimaligen Verhandlungen gab die Firma zu, daß sie sich an den neu festgesetzten Preis nicht mehr binde, sie wolle die Arbeit nach einmal genau ausprobieren. Die Wiedereinstellung der beiden entlassenen Arbeiter sollte erfolgen, bevor betriebsfremde Arbeiter eingestellt werden. Die Arbeiter der fraglichen Abteilung nahmen das Zugeständnis bezüglich der nochmaligen Abfordrpreisfestsetzung an, wünschten aber auch, daß nach dieser Stellungnahme der Firma die Entlassung der beiden Arbeiter zurückgenommen werde. Die Firma lehnte den Wunsch der Arbeiter ab. Die Arbeiter erklärten nun den Streik. Die Firma versuchte diese Abteilung mit Meistern, Vizemeistern, Lehrlingen und Arbeitern aus anderen Abteilungen zu besetzen. Am Montag, dem 12. cr. wurden außerdem 24 Arbeiter aus anderen Abteilungen, die sich geweigert hatten, Streikarbeit zu verrichten, entlassen. Kurz vor 6 Uhr machte die Firma dann bekannt, daß sie gezwungen sei, den Betrieb zu schließen, weil es der Firma nicht gelungen sei, Arbeiter aus der Kinderwagen- und Fahrradabteilung als Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Der Betrieb soll erst wieder aufgenommen werden, wenn es gelungen ist, die Abteilung der Streikenden zu besetzen. Wir sehen uns zu dieser Sachdarstellung gezwungen, weil einige bürgerliche Zeitungen die Nachricht verbreiten, als wenn es sich bei den Differenzen lediglich darum handelte, daß die Arbeiter wegen zwei entlassener Kollegen den Streik erklärt hätten. Die Dinge bei Reichstein stehen so, daß es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß, wie wir oben bereits bemerkt haben, die bestehenden Abfordrpreise reduziert wurden, die Firma sich keineswegs an ihr Versprechen, strittige Arbeiten auszuprobieren, gehalten hat, vielmehr nach dem Grundsatz verfahren ist: Friß Vogel oder stirb. Nach diesem Grundsatz ist nicht nur in dieser Abteilung, sondern in fast allen Abteilungen des großen Werks verfahren worden. Wenn die Firma die Aussperrung von rund 3500 Arbeitern damit begründet, daß es ihr nicht gelungen sei, aus den anderen Abteilungen Streikbrecher zu finden, so kann die Firma daraus den Schluß ziehen, wie groß der Unwille ihrer Arbeiterschaft über das im Betriebe herrschende System der Abfordrpreisfestsetzungen ist. Bei einigermaßen gutem Willen und bei genügender Garantie, daß die Arbeiter bei Festsetzung neuer Abfordr in ihrem bisherigen Verdienst nicht gekürzt werden, wäre sehr leicht eine Verständigung erzielt worden. Wir betonen also nochmals ausdrücklich, daß nicht die Entlassung der beiden Arbeiter die alleinige Ursache der entstandenen Differenzen ist. Die Ursache ist vielmehr die, daß bei Preisfestsetzungen der Abfordr auf die Einwände der Arbeiter nicht gehört und Streitigkeiten über den Abfordrpreis ständig mit Entlassung bedroht wurden.

Verbandstag der Schneider. Die Debatte über den Geschäftsbericht endigte mit der Überweisung sämtlicher zu diesem Punkt gestellten Anträge an die Statutenberatungs-Kommission. Den Bericht über die Presse erstattete Sobath, der für Ablehnung aller Anträge plädierte, welche besondere Beilagen für die einzelnen Branchen wünschen. Dagegen ist er für Einführung einer fachtechnischen und Modebeilage, weil dadurch die fachtechnische Fortbildung gefördert und durch die Modebeilage den weiblichen Mitgliedern Entgegenkommen bewiesen werde. Redner ist ferner für Anstellung eines zweiten Redakteurs. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag angenommen: Der Verbandstag wolle den Verlag und die Redaktion der „Fachzeitung für Schneider“ beauftragen, der Fachzeitung eine fach- und mode-technische Beilage beizugeben, oder eine besondere periodisch erscheinende Fachzeitung zu diesem Zwecke herauszugeben. Ferner wurde die Anstellung eines zweiten Redakteurs beschlossen.

Wahlarbeiterstreik. Die Arbeiter der Großfirma Brenne in Anna haben die Arbeit niedergelegt, weil ihren gerechten Forderungen bei der jetzigen Lohnbewegung gar zu wenig Rechnung getragen wurde. Im vorigen Jahre, als die Organisation zum ersten Male mit Forderungen an die Firma herantrat, wünschte diese selbst einen Vertrag auf 1 Jahr, um angeblich seine Wirkung zu erproben. Nun die Arbeiter den Tarif zur rechten Zeit kündigten, war die Firma sehr entrüstet über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Die Löhne für das teure Industrieverfahren betragen 3,80 Mk. bis 4,60 Mk. Zugang ist fernzuhalten!

Dachdeckerstreik in Neuß a. Rh. Die Dachdecker in Neuß am Rhein haben am Montag die Arbeit eingestellt. Schon im März d. J. wurden den Unternehmern die Forderungen der Gehilfen zugestellt, die im wesentlichen verlangten: für dieses Jahr eine Lohnerhöhung von 8 Pfg., ab 1. Mai 1913 eine solche von 2 Pfg. pro Stunde, so daß der Mindestlohn 68 bezw. 90 Pfg. beträgt. Die Unternehmer waren zu einer Verhandlung mit den Gehilfen nicht zu bewegen. Ein am Sonnabend nochmals unternommener Versuch der Gehilfen, zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, wurde von den Unternehmern mit der Drohung beand-

wortet, daß „Wer die Arbeit niederlegt, nicht mehr eingestellt wird. Unter diesen Umständen blieb für die Gehilfen nur noch der Streik übrig. Vor Zugang wird gewarnt.“

Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale.
Australien. Die zahlreichen Berufsorganisationen beginnen sich zu Kartellen zusammenzuschließen, um die Beschäftigung Nichtorganisierter, die eine immer größere Gefahr wird, zu verhindern. — Der Verband der Gewerkschaften Neu-Seelands legte einen laufenden Extrabeitrag von 10 Prozent des Lohnes allen Mitgliedern auf, um mehrere Tausend streikende und ausgesperrte Bergarbeiter zu unterstützen, die sich gegen die von den Besitzern verlangte Gründung einer gelben Gewerkschaft wehren. — Während die Unternehmer und Regierungsagenten die Einwanderung nach Australien „wegen Arbeitermangel“ mit allen Mitteln zu fördern trachten, ist in diesem gelobten Lande die Arbeitslosigkeit schon so groß, daß in Melbourne, Sidney und anderen Orten Arbeitslosen-Demonstrationen stattfanden. Die Veranfallter wurden verhaftet, die Menge mit Polizeiknüppeln traktiert — ganz wie bei uns.

Kanada. Der 28. kanadische Gewerkschaftskongreß, dem nur solche Organisationen angehören, die zugleich der American Federation of Labor angeschlossen sind, wird am 9. September und folgende Tage in Guelph, Ontario, tagen. Neben ihm besteht noch eine nationalistische Gewerkschaftsbewegung in Kanada, die kaum irgend welche Bedeutung hat.

England. In Tolpuddle wurde für sechs Landarbeiter, die im Jahre 1835 wegen Versuchs, eine Organisation zu gründen, zu 7 Jahren Deportation verurteilt worden waren, von den Gewerkschaften ein Gedenkstein errichtet. — Die nächste Jahresversammlung der Arbeiterpartei wird am 29. Januar 1913 in Glasgow beginnen. — Die Handelsagenten führen zurzeit einen energischen Kampf zur Durchführung des kürzlich in Kraft getretenen Landesgesetzes, das ihnen wöchentlich einen halben Feiertag sichert. Sonntagsruhe und Arbeitszeiteinschränkung konnten sie trotz aller Mühe noch nicht erreichen. — Die Londoner Transportarbeiter haben ihren verzweifelten Kampf aufgeben müssen, nachdem ihnen Wiedereinstellung der alten Vertragsbedingungen und Wiedereinstellung — leider nur mündlich — zugesichert worden war.

Frankreich. Im Jahre 1908 beschloß das Pariser Gewerkschaftskartell die Erhebung eines regelmäßigen Extrabeitrages zur Errichtung eines Gewerkschaftshauses, um von der städtischen Arbeiterbörse unabhängig zu werden. Statt der erwarteten halben Million sind aber infolge der Saumlässigkeit vieler Gewerkschaften erst 120 000 Franken zusammengekommen. Doch hofft man bald mit dem Bau, der auf dem Gelände des alten „Houses der Verbände“ errichtet werden soll, beginnen zu können. — Alle französischen Gewerkschaften betreiben seit geraumer Zeit eine energische Agitation gegen den Alkohol- und übermäßigen Weingenuß. Die schriftliche Agitation in der Arbeiterpresse wird durch recht wirkungsvolle Illustrationen ergänzt. — Nachdem schon vor einigen Jahren die Unternehmer der Bau- und Metallindustrie starke Organisationen, nach dem Muster der deutschen Scharfmacher, zur Bekämpfung der Gewerkschaften schufen — wodurch die letzteren zur Beschleunigung ihres vorher recht langsamen Konzentrationsprozesses gezwungen worden waren — ist jetzt durch den großen Industriellenverband eine Streikentschuldigungs-gesellschaft gegründet worden, der schon zahlreiche Unternehmerorganisationen beitreten. Das wird nicht wenig zur Verbesserung der Organisationsform unserer französischen Arbeitsbrüder beitragen.

Vereinigte Staaten. Das seit Jahren von den Unternehmern angefochtene Achtstundengesetz für Frauen ist jetzt endlich vom obersten Gerichtshof des Staates Washington, da es der Konstitution der Vereinigten Staaten nicht widerspreche, bestätigt worden. — Der Zigarrenarbeiterverband, eine der leistungsfähigsten Organisationen der Vereinigten Staaten, hält nach 16jähriger Pause seine erste Generalversammlung im nächsten September ab. Seit zwölf Jahren hat auch sein Hauptvorstand keine Sitzungen abgehalten, da alle Geschäfte durch Urabstimmung und Initiative erledigt werden konnten. — Die 1200 organisierten weiblichen Angestellten der Telephonegesellschaft in Boston errangen ohne Kampf den Achtstundentag. — Im Staate Massachusetts trat ein Gesetz in Kraft, nach dem Straßenbahnkonduktoren nur 9 Stunden täglich, auf 12 aufeinanderfolgende Stunden verteilt, beschäftigt werden dürfen. Die Ruhepause vor jedem Arbeitstage muß mindestens acht Stunden betragen.

Aus dem Gerichtssaal.

Notlage bei einem Soldaten gibts nicht! Nach § 248 a der neuen Novelle zum Strafgesetzbuch kann jemand, der aus Not Gegenstände von geringem Werte entwendet, nur bestraft werden, wenn Strafantrag vorliegt. Unstritten ist nun die Frage, ob diese mildernde Gesetzesbestimmung auch auf Soldaten Anwendung zu finden hat. Erst vor einigen Tagen hat das Dresdener Kriegsgericht in einer Diebstahlsache ausgeführt, daß sich auch ein Soldat vorübergehend in Not befinden könne und deshalb in den Genus des § 248 a kommen müsse. So richtig und wohlwollend diese Entscheidung ist, so weltfremd und mit dem Rechtsempfinden unvereinbar ist ein Urteil desselben Gerichts mit einer anderen Befehung. Der Soldat Bretschneider vom Schützen-Regiment fand eines Tages in der Mannschaftsstube einen Brustbeutel, den er, ohne zu wissen, welche Nummer er enthielt, an sich nahm. Später nahm er daraus eine Mark, während er das übrige Geld dem Eigentümer zurückgeben wollte. Als die Sache rührbar wurde, nahm man ihm das Geld wieder ab, nur ein paar Groschen hatte er für Lebensmittel ausgegeben. W. hatte damals keinen Pfennig Geld und Zuschüsse erhält er nicht. Das Motiv war also auch hier zweifellos Not. Trotzdem wurde der Soldat wegen Diebstahls angeklagt. Strafantrag lag nicht vor. Das Gericht erkannte antragsgemäß auf drei Wochen mittleren Arrest, obgleich der Angeklagte unbedeutend behauptet hatte, aus Not gehandelt zu haben. Das Gericht hat die Frage der Not verneint. Von einer eigentlichen Notlage könne bei einem Soldaten nicht gesprochen werden, da der Staat ausgiebig (1) für ihn Sorge. Deshalb könne der § 248 a auf Soldaten nicht Anwendung finden. Es liegen nun zwei Entscheidungen in dieser durchaus wichtigen Frage vor, eine zugunsten und eine zuungunsten der Soldaten. Es wird Zeit, daß der militärische Gerichtshof diese Frage eingehend prüft und den niederen Gerichten eine Richtschnur durch eine dem Rechtsempfinden der Allgemeinheit entsprechende Entscheidung gibt.

Aus Nah und Fern.

Liebesdrama. Gestern erschoss in Berlin in einem Hotel ein aus Dresden kommender Kaufmann seine Geliebte und sich.
Die vorgesezte Behörde des Herrgotts. Nach theologischem Dogma ist Gott „allmächtig“, „allwissend“, „allweise“, und soll der Mensch sich nicht anmaßen, in seine Schöpfungs- eingzugreifen. Die Theologen sind zwar auch

für die Arbeit, aber sie geben vor, ganz genau zu wissen, was Gott wohlgefällig ist und was nicht. Die protestantischen orthodoxen Herren hat Hoffmann von Fallersleben mal gefeiert mit den Worten:

„Unsere Pfaffen sind vereidet
Auf das Evangelium,
Doch sie lehren, das beschleht
Ihnen das Konfistorium;
Denn das Konfistorium geht noch
über's Evangelium.“

Wie gemeldet wird, bestimmt ein Erlaß des bayerischen Ordinariats in Augsburg, daß es allen Gläubigen „unter schwerer Sünde“ verboten sei, die Schrift „Das sechste Gebot und die Ehe. Von Konstantin Wieland“, zu lesen oder aufzubewahren. Dies besagt: Von jetzt ab wird Gott das Lesen oder den Besitz der genannten Wielandschen Schrift, eine bis dahin sittlich indifferente Handlung als schwere Sünde ansehen, das heißt, mit ewiger Verdammnis bestrafen. Das modernistische „Zwanzigste Jahrhundert“ schreibt dazu: „Man sollte meinen, daß Gott, trotz Papst und Bischöfen, noch das Recht hätte, darüber, was vor seinem Richterstuhl Sünde ist, und wen er ewig verdammen will, allein zu entscheiden. Wenn der Erlaß also ernst genommen werden soll, so bleibt nur folgende Alternative: Entweder hat der Generalvikar Dr. Göbl eine besondere Offenbarung von Gott erhalten, welche ihn ermächtigt, zu erklären, daß Gott von jetzt ab das Lesen der Wielandschen Schrift als schwere Sünde ansehen und behandeln werde, oder der Generalvikar Dr. Göbl betrachtet sich oder, wenn dieser hinter ihm steht, den Papst als die vorgesezte Behörde Gottes, nach deren Erlässen sich Gott zu richten habe. Da erstere Alternative ausgeschlossen ist, so bleibt nur die letztere.“ Die Hauptsache ist, daß vernünftige Menschen sich an keine theologische „Alternative“ lehnen.

Schweres Brandunglück. In Glasthätten bei Altenschwand brach gestern Abend in einem großen landwirtschaftlichen Gebäude Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Anwesen bis auf den Grund zerstörte. In den Flammen kamen bei dem Versuch, ihr Eigentum zu retten, der Besitzer des Hauses, Vater von zehn Kindern, sowie drei erwachsene Bewohner des Gebäudes um. Zwei weitere wurden bei den Rettungsarbeiten schwer verletzt.

Vom Tode errettet. Auf der 320 Meter-Sohle der bei Rattowitzer Aktien-Gesellschaft gehörigen Mnslowitzgrube brach ein großer Erubenbrand aus. Vierzig Bergleuten wurde durch die Flammen der Weg abgeschnitten; nach stundenlangem Arbeit gelang es aber den Rettungsmannschaften, alle lebend zu retten. Der Brand war in später Abendstunde noch nicht gelöscht.

Ein schmutziger Streich. Ein abscheuliches Verbrechen ist am Montag an den Hinterbliebenen der Verunglückten auf Zehle Lothringen in Gerthe verübt worden. Während die Witwen mit ihren Angehörigen an dem Begräbnis teilnahmen, hat sich eine Bande von Einbrechern in den Wohnungen Einlaß verschafft, dort Kisten und Kästen durchwühlt und in 19 Fällen die gependeten Gelder, die eben zur Auszahlung gelangt waren, an sich genommen. Die Diebe erbeuteten Beträge von 500 Mk und darüber. Es ist gelungen, drei der Kerle zu verhaften. Bei einem wurden sieben Portemonnaies mit erheblichen Beträgen gefunden.

Schneefälle und Unwetter. Die kalte Witterung hält anscheinend in ganz Europa an, und wärmere Tage stehen nach den Mitteilungen der Wetterkundigen noch in weiter Ferne. Aus allen Teilen unseres Kontinents und aus England kommen fortgesetzt Nachrichten über Sturm, Kälte und Regen. Im Schwarzwald ist schon Schnee gefallen und der Winterport eröffnet worden.

Die Spionier. Unter dem Verdacht der Spionage sind am Mittwoch in Karlsruhe zwei verheiratete Tagelöhner im Alter von 30 bezw. 40 Jahren, von denen einer in der Fremdenlegation gedient hat, verhaftet worden. Sie hatten sich in verschiedenen Wirtschaften an einen Unteroffizier herangemacht und ihn durch Versprechungen zu bewegen gesucht, ihnen geheim zu haltende Waffenteile und Munitionsgegenstände zu verschaffen, die zu hohen Preisen nach Frankreich verkauft werden sollten. Der Unteroffizier machte der Behörde Meldung. Die Untersuchung führt das Landgericht Karlsruhe. Die Einreichung des Tatfachenmaterials an den Oberreichsanwalt steht unmittelbar bevor.

Ein sonderbarer Vorfall. In Schenndorf bei Köln herrscht große Erregung. Der etwa dreißig Jahre alte Sohn eines Einwohners starb plötzlich, nachdem er vorher über Unwohlsein geklagt hatte. Gleich nach der Beerdigung des Verstorbenen erkrankte der jüngere Bruder unter den gleichen Erscheinungen und ist nunmehr ebenfalls gestorben. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß beide an Alkoholergiftung gestorben sind. Die Wiederausgrabung des bereits beerdigten Toten wurde angeordnet. Die Verstorbenen sollen kurz vor ihrem Tode auf einer Zwangsversteigerung Vikore erworben haben, die sie im Kreis einiger Freunde tranken.

Rauf auf einem französischen Panzerschiff. An Bord des Panzerschiffes „Verite“ im Hafen von Loulon brach eine Panik aus. Man hatte unter einem der Schiffskessel Feuer angezündet. Dadurch entwickelte sich dicker Rauch, der durch die Lüftvertikammern abzog. Die Matrosen, die dieses bemerkten, gerieten in großen Schrecken, und 250 sprangen ins Meer. Die an Bord Gebliebenen setzten die Apparate, die zur Füllung der Lüftvertikammern mit Wasser dienen, in Bewegung und ersäufeten einen großen Teil der Munition. An Bord der in der Nähe befindlichen Schiffe „Diderot“ und „Republique“ bemächtigte sich gleichfalls der Mannschaft große Unruhe. Es gelang jedoch den Offizieren, die Leute auf ihrem Posten zu halten. Die 250 Mann der „Verite“ schwammen ans Ufer und wurden später von dort zurückgeführt.

Ein zwölfjähriger Selbstmörder. Der zwölfjährige Sohn der Arbeiterwitwe Borst ließ sich, wie die „Neue Bogländische Zeitung“ meldet, von einem Eisenbahnzug überfahren. Der Knabe wurde mitten entzwei geschnitten. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

Sturm und Unwetter. Im französischen Departement Gironde hat ein heftiger Sturm gewütet. Insbesondere ist die Küste bei Arcachon stark mitgenommen worden. 150 Fischerboote wurden zerstört. Es wird befürchtet, daß auch dem Austerlapp großer Schaden zugefügt worden ist. — Von der Nordküste Spaniens laufen sehr beunruhigende Unwettermeldungen ein. Zweihundert Fischer wurden in ihren Booten an hoher See vom Sturm überfallen. Die Schlepdpuffer in Bilbao und anderen Häfen sind außerstande, den Fischern Hilfe zu bringen. Mehrere Boote sind bereits verloren.

65 Wohnhäuser niedergebrannt. In der russischen Stadt Seresje bei Wilna sind 65 Häuser, viele Stallungen und die Synagoge durch eine Feuersbrunst vernichtet worden. Die Not der orthodoxen jüdischen Abnebrannten ist

sehr groß. Das Feuer entstand dadurch, daß ein dreizehnjähriger Knabe beim Getreideeinfahren ein brennendes Streichholz weggeworfen hatte.

Vier Arbeiter ertrunken. Bei den March-Regulierungsarbeiten in der Nähe von Kremmer ereignete sich ein schweres Unglück. Ein mit 11 Arbeitern besetztes und mit Sand beladenes Boot stieß an einen Brückenpfeiler und kenterte, so daß die Insassen ins Wasser fielen. Sieben von ihnen konnten sich retten, vier ertranken.

Bei der Lehrfahrt verunglückt. Ein mit sieben Personen besetztes Automobil ist auf einer Lehrfahrt bei Landesberg verunglückt. Zwei Chauffeurlehrlinge und eine Dame wurden getötet. Die übrigen vier Personen wurden erheblich verletzt.

Fünf Personen in der Schweiz ertrunken. Im Kanton Waadt sind fünf Personen einem Unglücksfall zum Opfer gefallen. Als der Wirt de Trey in seinem Wagen, in dem sich noch sein elfjähriger Sohn und der Fischer Chuard mit seinem elfjährigen Neffen befanden, vom Fischen zurückkehrte, scheute das Pferd und raste mit dem Wagen in die hochgehende Brone. Die vier Insassen ertranken. Ein vorübergehender Mann stürzte sich ins Wasser, um die beiden Kinder zu retten. Er ging jedoch unter und ertrank ebenfalls.

Zur Eisbergkollision der „Coriscan“ wird dem „Fremdenblatt“ aus Montreal gedrahlet: Die „Coriscan“ ist jetzt außer Gefahr. Man berichtet über ihren Zusammenstoß mit dem Eisberg bei Belle Isle, daß dieser um 4 Uhr nachmittags erfolgte, als das Schiff sich 120 Meilen östlich von Belle Isle befand. Zum Glück war die Geschwindigkeit des Schiffes fast Null, weil ein dichter Nebel das Vormarschkommen beeinträchtigte. Der Eisberg brachte dem Schiffe eine ziemlich schwere Beschädigung nahe der Wasserlinie bei. Es konnten aber Verbündigungen vorgenommen werden, so daß das Schiff seine Reise nach Liverpool fortsetzt. Der Dampfer „Scandinavia“, der 300 Meilen entfernt die gleiche Route fährt, wurde durch drahtlose Telegraphie verständigt, in der Nähe zu bleiben, für den Fall, daß eine Verschlimmerung im Zustande der „Coriscan“ einträte. Die Straße von Belle Isle bildet den nördlichsten Teil der beiden Kanäle, die den St.-Lorenz-Golf mit dem Atlantischen Ozean verbinden. Sie wird viel benutzt, weil die kürzeste Verbindung von St. Lorenz nach England durch sie führt. Doch fürchtet der erfahrene Kapitän die Straße wegen ihrer großen Eisgefahr.

Gegen das Nachtleben. In Lille hat die Gemeindeverwaltung einen Antrag angenommen, der ganz mittelalterlichen Charakter hat. Am Winternacht werden nämlich von nun an die Straßen durch Ketten abgesperrt und die Stadttore geschlossen. Diese Maßnahme richtet sich gegen

die zunehmende Vleberlichkeit in dieser alten Stadt. Die Klagen der Ehefrauen über das nächtliche Umhertreiben ihrer Männer, die vielen Beschwerden der Eltern über das Nachtleben, das Gefährdung und Moral ihrer Söhne gefährdet, haben die Stadtväter von Lille zu dem erwähnten Beschlusse veranlaßt. — Wer lacht da?

500 Passagiere in Lebensgefahr. Die Insassen eines Expresszuges, der von Boston nach New York fuhr, gerieten nahe New York in mitten eines Tunnels in große Gefahr. Die elektrische Lokomotive des in voller Fahrt dahinjerkulierenden Zuges sprang in dem Tunnel aus den Schienen und rannte gegen die Steinpfeiler. Die Passagiere kamen mit dem Schrecken davon. Mit Hilfe von Leitern gelangten sie später an die Oberwelt.

Weitere Erdstöße in der Türkei. Gestern morgen wurde in Biga und den inneren Dardanellen ein Erdstoß verspürt. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend. In Karabigha weilen einige Mauern Risse auf. In Demotika ist das Minarett einer Moschee zum Teil eingestürzt. In Rodosto dauern die Erdstöße fort. Eine Moschee, vier Minarets, ein Mausoleum, der Hrtum, vierzehn Häuser und sechs Kaufläden sind eingestürzt. Eine Frau kam hierbei ums Leben. Dreizehn Personen wurden verletzt. — Unter der von dem vorletzten Erdbeben in der Türkei heimgejagten Bevölkerung ist eine große Hungersnot ausgebrochen. Die entsandten Hilfseilösungen sind unzureichend. Ein Hilfskomitee ist gebildet worden. Das griechische Patriarchat wird von der Regierung die Verhängung des Belagerungszustandes und Entsendung ausreichender Truppen verlangen. Die Erdstöße dauern in den betroffenen Gegenden noch immer fort. Augenzeugen der Katastrophe berichten, daß die Gebirge zwischen Ghane und Ghora zusammenstürzten. Man erzählt, daß gewaltige Rauchsäulen emporstiegen und sich auf dem Tekfu-Dagh ein Krater gebildet habe. — Die Hungernden sollen also nach Meinung des griechischen Patriarchats mit blauen Bohnen gefüttert werden!

Genossenschaftsbewegung.

Handwerker und Konsumvereine. Auf dem westfälischen Handwerkskammertage hat der frühere Amtsrat Heh, der Syndikus des Hauptverbandes der gewerblichen Genossenschaften, über die Konsumvereine gesprochen. Es ist bezeichnend, daß der Syndikus eines Genossenschaftsverbandes im Lande herumfährt und Vorträge gegen eine andere Genossenschaft hält. Noch merkwürdiger ist aber, was der Herr alles gegen die Konsumvereine vorbringt. Danach werden die Konsumvereine einen so großen Teil des Bedarfs der Bevölkerung, daß sie bereits zu einer Gefahr für den Kleinhandel und die Nahrungsmittelgewerbe geworden sind.

Zurwahr eine merkwürdige Auffassung vom Genossenschaftswesen. Sobald es sich weit ausbreitet und andren un bequem wird, ist es gefährlich und zu bekämpfen. Nun, der Verband, den Herr Heh vertritt, wird wohl sobald zu keiner Gefahr werden. Besonders schlimm sind nach Herrn Heh die Bezirkskonsumvereine, da sie eine größere Leistungsfähigkeit haben. Die organisierten Konsumenten werden sich diese Anerkennung der Bezirkskonsumvereine von gegnerischer Seite merken und für weitere Ausbreitung des Gedankens der Bezirkskonsumvereine Sorge tragen. Herr Heh meint nun: „Durch die Ausschaltung wichtiger Mitglieder des gewerblichen Mittelstandes würde unsere Wirtschaftsordnung empfindlich gestört und würden hohe sittliche und vaterländische Werte vernichtet werden. Jede Bevorzugung der Konsumvereine gegenüber den selbständigen Gewerbetreibenden ist zu vermeiden. Ein besonderes Augenmerk ist der Steuerfrage zuzuwenden. Da die Gefahr besteht, daß die Konsumvereine in der Lage sind, sich der Einkommensteuer durch die Herabsetzung der Verkaufspreise entziehen zu können, so erscheint als besonders geeignete Steuer eine nach der Höhe des Umsatzes der Konsumvereine gestaffelte Umsatzsteuer, die zugleich auch die Konsumanstalten der großindustriellen Unternehmungen treffen müßte.“ — Diesen Grundgedanken folgend, hat der gute Mann allerlei ausgeheckt, um die Konsumvereine zu schädigen. Handwerkskammern, Handelskammern, Gemeinden usw. sollen zusammenarbeiten, um Material gegen die Konsumvereine zu schaffen, dabei ist dem Herrn ein ausgezeichnetes Witz unterlaufen. Er hat etwas ganz neues entdeckt, wie man die Konsumvereine schikanieren kann, man sperrt ihnen die Gefängnisarbeit. Nachdem die Konsumvereine beschloffen haben, keine Gefängnisarbeit zu führen und nachdem festgestellt worden ist, daß die Konsumgenossenschaften nur verschwindend wenig Gefängnisarbeit handelten, kommt der Herr auf die Idee, ausgerechnet durch Sperrung der Gefängnisarbeit für die Konsumvereine deren Konkurrenzfähigkeit untergraben zu wollen. Diese Entgegnung zeigt sehr nett, wie wenig die Gegner der Konsumvereine häufig von der Sache verstehen, und sie zeigt weiter, wie weit die Verblendung reicht. Man sieht nicht recht ein, wieso die Konsumvereine nur auf diese Weise bekämpft werden sollen. Warum verlangt der Herr Heh nicht gleich, daß sie keinen elektrischen Strom, kein Gas usw. geliefert erhalten und daß die Post ihre Briefe nicht befördert. Man muß sich nur diese Konsequenzen vor Augen führen, um zu sehen, wie unsinnig die an sich ja überflüssige Forderung ist.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1
Fernspr. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunenn, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Leinwandstoffe, Barbin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter • Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen das gute Lübeck Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Abzahlungsgeschäfte
J. Ittmann

Brauereien
Trinkt **Adler-Biere**
H. Lück
Brauerei zur Walkmühle

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Müller
Holstenstraße 42

Herrenartikel
Heinr. Waller Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mägen.

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21-23
Dr. Mickel i. Fa. Hopp & Linnartz
Hützstr. 105, Tel. 1070

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 18 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventilirtes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Aluminium-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Gräteöfen
Adolf Borgfeld
Feststr. 72, Hützstr. 95-99

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu
Vertreter für Lübeck und Umgegend:
Fr. Krup, Brauerei Osabr
Glockengießerstraße 67..

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Sandstr. 18 Tel. 307

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 32
Kaffee's
sämtlicher Preislagen von Mark 1.40 an

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 18.
billigste Bezugsquelle Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Theater
Besucht das **Varieté International**
Inh. Frau J. Luckmann
Untertrave 63
Metropol-Theater
Nur Breitestr., beim Rathaus
Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4-11 Uhr.
Jeden Sonntag u. Mittwoch neues Programm.
Sonntags nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
Markt 4 Kohlmart 10
Viel beachtete Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderobe aller Art

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Kich. Spangenberg
Lindensstr. 20-22, Fernspr. 55
„Juwelkrone“
vollständiges Back- u. Backwaren jeglicher Art.

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
Schlachtereis Markt 7 Kohlmart 4
Telephon 8223
Herm. Milles
Schüsselbuden Nr. 30
Garten-Sämerei
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies Lederwaren Brieftaschen Ränzel Schultaschen Rucksäcke

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.
Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Uhren- und Goldwaren
L. Böhnick
Uhren-Rep.-Werkst. Paffenstr. 4.
A. Matern
Schweizer Uhren-Rep.-Werkst. Beckergr. 43 v. 2-4 Kalberstraße Varieté

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidg. Hüte und Mützen.

Pflanzen-Batter
Bestkates-Eigeb-Pflanzenbatter Edel Margarine
„Heimchen“
Ca. 1000 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannstraße 22

Gesundheits-Brot
Verlangt **Simonsbrot**
Vollkornbrot z. reinem Roggen
Arztlich empfohlen! Erhältlich in 50 Niederlagen.

Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Krautzfeldt
Lederhdlg., speci. Schuhmacherei
Fischergrube 23
E. Teuberg Hützstr. 60.
Schuhmacherei.
Meierei

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit billigen Preisen - Amateur Bedarfsartikel.

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt gelegentlich die **Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik August Scheere, Lübeck**
Beim Retzeich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rab.

Bäckereien
Bestkates-Eigeb-Pflanzenbatter Edel Margarine
„Heimchen“
Ca. 1000 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannstraße 22

Glas und Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestraße 55.

HANSA-MEIEREI
Lübeck's Amme
Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Tapeten
FrigRehm
Beckergrube 20.
Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr Reise-Utensilien, Schmalapp. Taschen, Portemonnaies etc. Hützstraße 29.

Eutin
Deutsches Haus
Kielesstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Der praktische Wegweiser ist den Lesern des „Lübecker Volksboten“ ein zuverlässiger Führer bei allen Einkäufen. Gell. Anmeldungen zur Beteiligung werden an die Expedition erbeten.